2. Forum der Krefelder Initiative

Der Atomtod bedroht uns alle
Keine Atomraketen in Europa



Dortmund 21.11.81

Herausgegeben von der Krefelder Initiative: Gert Bastian, Petra K. Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll, Josef Weber (verantwortlich)
Anschrift: Josef Weber, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60
Unkostenbeitrag: DM 3,00 - Druck Mikes Print-Shop, Dez. 1981

2. Forum der Krefelder Initiative

Der Atomtod bedroht uns alle
Keine Atomraketen in Europa



Dokumentation Dortmund 21.11.81

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Diese Dokumentation informiert über das Zweite Forum der Krefelder Initiative "Der Atomtod bedroht uns alle - Keine Atomraketen in Europa!" am 21. November 1981 in der Dortmunder Westfalenhalle . Mehr als 15.000 Menschen, Angehörige von über 1.000 Friedensinitiativen, nahmen teil. Alle Redebeiträge sind im vollen Wortlaut abgedruckt. Wir danken für das Verständnis derjenigen Redner, die - wegen der entstandenen Zeitnot - bereit waren, ihre Beiträge gekürzt vorzutragen.

Unsere Veranstaltung fand in der größten Halle Westeuropas statt. In den Wandelgängen stellten sich zahlreiche örtliche und regionale Friedens- und Abrüstungsinitiativen mit Informationsständen vor, zudem Jugendverbände, Parteien und Verlage. Die große Zahl von Materialien zeigte die Vielfalt des Kampfes gegen die atomare Bedrohung.

Besonderes Interesse fand der Stand der Krefelder Initiative. 217.000 Unterschriften unter den Appell wurden an diesem Tag abgeliefert, weitere Unterschriften gesammelt und eigene Druckschriften, Aufkleber und Buttons verkauft.

Die Betroffenheit durch die atomare Gefährdung wurde unter anderem mit Informationsständen folgender Initiativen zum Ausdruck gebracht:

- Ärzte gegen Atomraketen
- Christen für die Abrüstung
- Sportler gegen Atomraketen
- Pädagogen gegen den Rüstungswahn
- Naturwissenschaftler für den Frieden

sowie Frauen- und Arbeiterinitiativen.

Die rund 400 zum Wettbewerb der Krefelder Initiative "Plakate gegen den Atomtod" eingesandten Entwürfe wurden in einer Ausstellung gezeigt.

Das starke öffentliche Interesse an diesem Forum bewies die Teilnahme von fast 400 Journalisten und von 14 Fernsehteams aus dem In- und Ausland.

Leider können wir nur einige der dem Forum zugegangenen Grußschreiben dokumentieren.

Die Initiatoren danken Dieter Lattmann für die Leitung des Forums und Irmgard Schleier für die künstlerische Gesamtleitung der Veranstaltung "Künstler für den Frieden".

Die Abschlußveranstaltung "Künstler für den Frieden" wird auf einer Doppellangspielplatte zusammengefaßt und von der Krefelder Initiative herausgegeben, der der gesamte Reinerlös zugeht. Unser Dank gilt den Künstlern, die alle ohne Honorar mitgewirkt und das Forum zu einem unvergeßlichen Erlebnis gemacht haben.

Erklärung der Krefelder Initiatoren

Zum Krefelder Appell vom November 1980 bekennen sich heute zwei Millionen Deutsche! Sie alle eint die Entschlossenheit, die menschheitsbedrohende nukleare Aufrüstung zu stoppen und damit im eigenen Land zu beginnen, ohne auf erste Schritte anderer zu warten.

Der Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ist ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich, weil die Behauptung von einer zur "Nachrüstung" der NATO zwingenden "Vorrüstung" der UdSSR von den Tatsachen widerlegt wird.

Wir lehnen es daher ab, uns auf die irreführende Formel festlegen zu lassen, "Wer Pershing II sagt, der muß auch SS 20 sagen", wie dies von selbsternannten Interpreten unserer Forderungen immer häufiger versucht wird.

Den von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen diesen Rüstungsschritten gibt es nach unserer Überzeugung nicht. Das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung durch SS-20-Raketen müssen vielmehr im Zusammenhang mit den seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearpotentialen entsprechender Reichweite "in und für Europa" gesehen werden.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten für nicht gerechtfertigt und ihre Aufstockung, zum Beispiel durch Trident-U-Boot-Systeme und neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten, für falsch.

Deshalb fordern wir den Verzicht auf diese Programme und ernsthafte Verhandlungen zum beiderseitigen schrittweisen Abbau aller schon vorhandenen Nuklearwaffen in und für Europa.

Doch glauben wir nicht, daß eine "Nullösung", wie Präsident Reagan sie propagiert, zu diesem wünschenswerten Ergebnis führen kann, weil sie den Abbau vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der UdSSR fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf die am 12. Dezember 1979 beschlossene "Nachrüstung", jedoch keine Reduzierung bereits verfügbarer Nuklearwaffen mittlerer Reichweite vorsieht.

Wir verlangen daher von der Bundesregierung, daß sie sich für eine "Nullösung" einsetzt, die auch im Westen den Abbau vorhandener Nuklearwaffen anstrebt und erst damit den Erwartungen gerecht wird, die in der Bevölkerung mit einem zwar verheißungsvollen, bei der amerikanischen Zielsetzung jedoch irreführenden Schlagwort geweckt worden sind.

Von der Sowjetunion erwarten wir, daß der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, trotz der enttäuschenden Reaktionen des Westens auf seine früheren Moratoriumsvorschläge einen Stopp der SS-20-Aufstellung für die Dauer der am 30. November 1981 beginnenden Verhandlungen erklärt. Wir glauben, daß ein Verzicht auf noch mehr Nuklearwaffen, wie wir ihn von unserer Regierung fordern, auch der Sowjetunion ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheit möglich ist.

Darüber hinaus bekunden wir unsere Überzeugung, daß eine Friedenssicherung durch nukleare Abschreckung, also durch die Androhung von Völkermord mit Massenvernichtungswaffen, von Grund auf inhuman ist und mit dem Wunsch der Völker, in Frieden und Freiheit zu-

sammenzuleben, unvereinbar bleibt.

Wir fordern daher eine Sicherheitspolitik, die sich nicht länger in verblendeter Überschätzung der Wirksamkeit von Waffen auf militärisches Denken beschränkt, sondern Sicherheit für alle mit vorwiegend politischen Lösungen zu gewährleisten sucht.

Abrüstung statt Abschreckung muß das wichtigste Ziel dieser Politik sein! Wir werden deshalb alles daransetzen, als ersten Schritt in diese von Vernunft und Menschlichkeit gewiesene Richtung den Verzicht auf die von der NATO beschlossene Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA in Europa, vorwiegend in unserem Land, zu verwirklichen.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch die Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas sind aufgerufen, sich mit uns zu verbünden, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Kriegsschauplatz hochgerüstet wird; damit wir im Gegenteil gemeinsam die entscheidende Wende herbeiführen, bis die atomwaffenfreie, rüstungsarme Welt geschaffen ist, die wir brauchen, um zu überleben.

Wir alle tragen Verantwortung. Die Zeit drängt. Unterschreiben auch Sie den Krefelder Appell!

Gert Bastian
Petra K. Kelly
Martin Niemöller
Helmut Ridder
Christoph Strässer
Gösta von Uexküll
Josef Weber

Dortmund, 21.11.1981

Josef Weber

"Ich eröffne das Zweite Forum der Krefelder Initiative 'Der Atomtod bedroht uns alle - Keine Atomraketen in Europa!' und begrüße Sie alle recht herzlich: die Teilnehmer von über 1.000 Friedens- und Abrüstungsinitiativen aus der ganzen Bundesrepublik; die Redner der heutigen Veranstaltung aus dem In- und Ausland, die Ihnen nachher im einzelnen bekanntgemacht werden; die über 300 in- und ausländischen Vertreter von Presse und Rundfunk, die Vertreter von zahlreichen Fernsehanstalten aus dem In- und Ausland.

Vor genau einem Jahr richtete die in Krefeld tagende Initiative ihre Aufforderung an die Bundesregierung - sie wurde inzwischen im ganzen Land als Krefelder Appell bekannt -, ihre Zustimmung zur Stationierung neuartiger amerikanischer Nuklearraketen auf deutschem Boden zurückzuziehen. Uns war bewußt, daß dieser Raketenbeschluß eine neue Art von Aufrüstung bedeutete und das Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik Deutschland in unermeßlicher Weise erhöhen würde. Das eigene und nicht irgendein fremdes Interesse gebot es uns, auf diesen Tatbestand hinzuweisen.

Wir appellierten an die Mitbürger, sich über die gegenseitigen Vorurteile hinwegzusetzen und dem Friedensinteresse absoluten Vorrang einzuräumen. Der Dialog kam in Gang, über alle politischen und weltanschaulichen Barrieren hinweg. In den größeren Städten wurden Foren veranstaltet, zahllose Friedensinitiativen ins Leben gerufen. Der Verlauf des Evangelischen Kirchentages in Hamburg sowie die Kundgebung der 300.000 am 10. Oktober in Bonn lassen etwas von der Kraft ahnen, die die Raketenstationierung politisch unmöglich machen kann.

Unser Aufruf hat also in der Öffentlichkeit eine große und breite Resonanz gefunden und überwältigende Aktivitäten ausgelöst. Ich kann Ihnen mit großer Freude mitteilen, daß mit den bis jetzt hier überreichten 96.000 Unterschriften nun über zwei Millionen Menschen dem Krefelder Appell zugestimmt haben, mit Namen und Adresse ihre Stimme abgegeben haben für ein Leben in Frieden.

Wer den Zeitraum dieses einen Jahres überblickt, wird feststellen, daß der Krefelder Appell in seiner Orientierung gegen die für 1983 vorgesehene Stationierung von Mittelstreckenraketen den Zugang wies zu einer realistischen Politik: zur Verminderung und zum Abbau der nuklearen Rüstungen in West und Ost. Niemandem ist mehr begreiflich zu machen, daß Abrüstung durch Aufrüstung zu erreichen sei.

In den fünfziger Jahren verweigerten die prominentesten Physiker ihre Mitwirkung am Bau einer deutschen Atomwaffe mit der Bemerkung: Einmal muß Schluß sein. Jetzt müssen wir uns alle verweigern, wenn nicht unabsehbare Konsequenzen für Europa und den Weltfrieden eintreten sollen. Jetzt muß wirklich Schluß sein!

Es muß Schluß sein, weil regierende Politiker in Washington - entgegen jeder bisherigen Annahme - einen Atomkrieg für führbar und unter vertretbaren Opfern für gewinnbar halten. Präsident Reagan sprach vor vierzehn Tagen von einem auf Europa begrenzbaren Schlagabtausch, sein Außenminister wenige Tage danach von einem atomaren Demonstrationsschlag. Nur in dieser Vorstellungswelt, die uns alle mit Entsetzen erfüllt, gewinnt die vorgesehene Ra-

ketenstationierung und die Produktion von Neutronenbomben einen logischen, allerdings für uns Europäer tödlichen Sinn. Vor diesem Hintergrund läßt sich die scheinbare Umkehr Reagans in seiner jüngsten Rede als erstrangiges Täuschungsmanöver erkennen. Seine Verzichterklärung auf alle Mittelstreckenraketen - unter der Voraussetzung, daß die Sowjetunion ihr gesamtes Raketenarsenal unter amerikanischer Aufsicht verschrottet - entspricht jener neuen Politik, die Außenminister Haig zutreffend als 'Strategie der konstruktiven Zweideutigkeit' gekennzeichnet hat. Es gibt keinen Zweifel daran, daß Reagan mit seinem propagandistischen Coup in erster Linie eine Irreführung der Friedensbewegung beabsichtigt und weniger die Aufnahme ernsthafter Abrüstungsverhandlungen.

Jedermann weiß, daß das bisher in Ost und West angesammelte atomare Vernichtungspotential ausreicht, um die Menschheit mehrmals zu vernichten. Damit hat die Strategie der Abschreckung, die in den vergangenen Jahren den Frieden zu garantieren versprach, ihre Überzeugungskraft verloren. Sie schlägt um in ihr Gegenteil, wenn jetzt der Versuch unternommen wird, neuartige Waffensysteme einzuführen, die den USA eine reale Kriegsführungskapazität verschaffen sollen. Die jetzt zutagetretende Tatsache, daß Abschreckung den Krieg keineswegs verhütet, sondern mit der Fortsetzung des atomaren Wettrüstens von Tag zu Tag wahrscheinlicher macht, ist die Ursache für die tiefe Beunruhigung der Menschen und ihre Friedensaktivitäten. Die Angst wächst zu Recht, daß sich der Frieden jeder Kontrolle entzieht und wir Europäer in jedem Fall die Opfer sein werden. Mit seiner Forderung durchbricht der Krefelder Appell den Teufelskreis in einer Existenzfrage, die nicht mehr den Regierenden allein überlassen bleiben kann.

Natürlich versuchen die Befürworter der amerikanischen Raketenpläne, die Energien der Friedensbewegung ins Leere laufen zu lassen und sie von ihren realistischen Zielen abzudrängen. Auch fehlt es nicht an Versuchen, die zunehmende Einigkeit zu unterlaufen und die Aufsplitterung der Bewegung zu betreiben.

Die Konzentration des Krefelder Appells auf die aktuelle Kernfrage - keine Zustimmung zur Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen - ist die Stärke dieses Appells. Er läßt Raum und schafft Zeit für die verschiedenen Vorstellungen einer alternativen Sicherheitspolitik, die alle dies eine gemeinsam haben: die Ablehnung der Stationierung von Nuklearraketen, die die Bundesrepublik als vorgeschobene Abschußrampe gegen die Sowjetunion zum Zielgebiet für Raketen der anderen Seite machen würde. Von diesem Kernproblem unserer Sicherheit lassen wir uns durch kein politisches Manöver mehr ablenken.

In dem einen Jahr seit unserer Aufforderung zur Unterschriftensammlung und zum Dialog hat sich eine eindrucksvolle Friedensbewegung entwickelt, deren Wirksamkeit nicht mehr geleugnet werden kann. Das Ausland beobachtet und registriert die Aktionen dieser Bewegung in der Bundesrepublik mit außergewöhnlichem Interesse.

Wir dürfen keine Zeit verlieren. Wir dürfen uns nicht täuschen und durch propagandistische Tricks hinhalten lassen. Denn eines ist heute allgemeine Erkenntnis: Mit der Bombe kann man nicht leben!

Von hier muß ein Signal ausgehen, damit unser Ruf bis in den letzten Ort dringt: Unser Appell muß millionenfache Zustimmung finden, damit er sein Ziel erreicht.

Ohne demonstrative Bekundungen des Volkswillens wird es zu keinen Ergebnissen bei den Verhandlungen kommen; ohne demonstrative Bekundungen des Volkswillens wird das atomare Wettrüsten nicht aufhören.

Dieses Zweite Forum wird zeigen, daß die gegenwärtige Friedensbewegung nicht nur an Breite und Tiefe gewonnen hat. Sie wird keine Ruhe geben, bis die NATO-Raketenpläne wirklich aufgegeben sind."

Gert Bastian

"Zum Krefelder Appell vom November 1980 bekennen sich heute zwei Millionen Deutsche. Sie alle eint die Entschlossenheit, die menschheitsbedrohende nukleare Aufrüstung zu stoppen und damit im eigenen Land zu beginnen, ohne auf erste Schritte anderer zu warten.

Wir sind überzeugt, daß ein Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich ist, weil schon die Behauptung von einer zur sogenannten Nachrüstung zwingenden Vorrüstung der Sowjetunion von den Tatsachen widerlegt wird. Wir lehnen es daher ab, uns auf die grob irreführende Formel 'Wer Pershing 2 sagt, der muß auch SS 20 sagen' festlegen zu lassen, wie dies von unbefugten Interpreten unserer Vorstellungen in letzter Zeit immer häufiger versucht wird, so zum Beispiel von den Herren Rau und Leisler-Kiep bei ihren Moskau-Besuchen, und natürlich auch vom Bundesverteidigungsminister auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Ingolstadt. Kennzeichnend für den von der politischen Leitung der Streitkräfte geprägten Ungeist an chauvinistischer Voreingenommenheit hat Dr. Apel dabei von der Sowjetunion als von 'den Moskoviten' gesprochen, denen ausgerechnet er sagen müsse, was wir, die wir seinen Rüstungskurs bekämpfen, wollen oder nicht wollen. Aber dieser Minister sagt ja häufiger Seltsames. So auch am 17.11.1981 in der 'Frankfurter Rundschau', als er meinte, 'Soldaten seien keine Fußabstreifer für emotionsgeladene Diskussionen'.

Als ob wir die Soldaten der Bundeswehr so sehen, und als ob wir sie angreifen würden, wenn wir die von Dr. Apel mitzuverantwortende Fehlentwicklung deutscher Sicherheitspolitik zurückweisen! Diese Soldaten müssen nicht von ihrem Minister vor uns, sie müssen von uns vor ihrem Minister und seiner Politik geschützt werden, die zu ihrer Legitimation auf Feindbilder weder außerhalb noch innerhalb unserer Grenzen zu verzichten vermag, wie die überzogenen Bedrohungsvorstellungen und die vom Verteidigungsministerium ausgehenden Diffamierungen erkennen lassen.

Eigentlich müßte ja der Verteidigungsminister besser als jeder andere wissen, daß es den von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen den SS-20-Raketen drüben und Pershing-2-Systemen sowie Marschflugkörpern hüben gar nicht gibt, weil das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung im Zusammenhang mit den seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearwaffen entsprechender Reichweite 'in und für Europa' gesehen werden muß.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten für nicht gerechtfertigt und ihre Aufstockung, zum Beispiel durch Trident-Systeme und neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten, für falsch.

Selbstverständlich fordern wir daher den Verzicht auf solche Programme sowie ernsthafte Verhandlungen zum beiderseitigen Abbau aller schon jetzt in Europa vorhandenen und auf Europa zielenden Nuklearwaffen.

Darum fordern wir zum Beispiel mit Nachdruck die sofortige Aufhebung aller Disziplinarstrafen gegen jene Soldaten, die am 10.10. in Bonn bewiesen haben, daß auch in den Streitkräften der Wunsch nach Frieden durch Abrüstung lebendig ist, wofür man ihnen lieber dankbar sein sollte, anstatt überholte Paragraphen gegen sie zur Anwendung zu bringen.

Solche Fehlleistungen gibt es freilich auch in anderen Bereichen und deshalb solidarisieren wir uns auch mit dem Lehramtsanwärter Häberlein aus Nürnberg, dem dort die Einstellung in den Schuldienst mit der Begründung verweigert wurde, er habe ja den Krefelder Appell unterschrieben. Wir bieten uns gerne als Zeugen für die Rechtsstaatlichkeit dieses Appells an und fordern die Aufhebung dieses unverständlichen Berufsverbots! Doch zurück zur sogenannten Nachrüstung.

Wir glauben nicht, daß die von Präsident Reagan propagierte 'Nullösung' zu diesem wünschenswerten Ergebnis führen kann, weil sie den Abbau vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der Sowjetunion fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf noch mehr Rüstung, nicht jedoch die Reduzierung bereits verfügbarer Nuklearwaffen entsprechender Gefährlichkeit anbietet. Von Nuklearwaffen der Amerikaner, Briten und Franzosen nämlich, die - obschon überwiegend nicht auf dem Land stationiert - Sowjetrußland mit Schäden nicht geringeren Ausmaßes bedrohen, als sie vom sowjetischen Mittelstreckenpotential seit zwanzig Jahren in Europa hervorgerufen werden könnten, würde Krieg zwischen den Blöcken entbrennen.

Für wie dumm hält Präsident Reagan eigentlich die Europäer, wenn er meint, uns mit einer so einseitigen 'Nullösung' von seiner Verhandlungs- und Abrüstungsbereitschaft überzeugen zu können, obwohl es ja leider auch hier Stimmen gibt, die seine Vorschläge in peinlicher Selbstgefälligkeit als sensationellen Erfolg deutscher Politik bewerten, der den Kritikern der sogenannten Nachrüstung den Wind aus den Segeln nehmen würde.

Ich glaube eher, daß dieser Wind nicht ab-, sondern zunehmen und sich zum Sturm steigern wird, wenn die Menschen zu durchschauen beginnen, wie sie getäuscht werden sollen.

Wir verlangen daher von der Bundesregierung, daß sie sich für eine 'Nullösung' einsetzt, die auch im Westen den Abbau vorhandener nuklearer Systeme anstrebt und erst damit den Erwartungen gerecht wird, die in der Bevölkerung mit einem zwar verheißungsvollen, bei der bisherigen Zielsetzung jedoch eindeutig irreführenden Schlagwort geweckt worden sind.

Von der Sowjetunion erwarten wir, daß Leonid Breschnew seinen morgen beginnenden Aufenthalt in unserem Land, wo wir ihn willkommen heißen, zum Anlaß nimmt, trotz der enttäuschenden Reaktionen

des Westens und leider auch der Bundesregierung auf seine bisherigen Moratoriumsvorschläge, einen Stopp der SS-20-Aufstellung für die Dauer der am 30.11.1981 in Genf beginnenden Verhandlungen zu erklären. Denn natürlich muß ein Verzicht auf immer noch mehr Nuklearwaffen, wie wir ihn zu Recht von unserer Regierung fordern, auch der Sowjetunion ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheit möglich sein.

Demonstrationen, wie Herr Möllemann sie unter dem Motto 'Freiheit für Afghanistan' beabsichtigt, halten wir allerdings nicht für ein geeignetes Mittel zur wünschenswerten Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Wir sehen darin im Gegenteil ein scheinheiliges und darum peinliches Manöver der Anbiederung an die Opposition, deren früherer Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß hierzu einmal etwas sehr Treffendes gesagt hat. 'Wer bei Vietnam protestiert hat und bei Afghanistan schweigt, wird unglaubwürdig', hat Herr Strauß gesagt, freilich leider übersehend, daß dies genauso auch andersherum gilt und diejenigen unglaubwürdig macht, die bei Vietnam geschwiegen haben, aber bei Afghanistan nicht laut genug protestieren können. Erst recht unglaubwürdig macht, wenn sie nicht gleichzeitig El Salvador nennen und auch nicht gegen Pläne der USA zur Intervention in Nikaragua oder zur Rückeroberung Kubas Front machen, wie sie ja in aller Ungeniertheit erörtert werden und kaum dazu beitragen, unser Vertrauen in die Bereitschaft der USA zur friedlichen Koexistenz und zum überfälligen Verzicht auf die Unterstützung faschistischer Militärdiktaturen zu stärken.

Die Unterdrückung von Völkern und die Verlängerung menschenunwürdiger Lebensformen um des eigenen Vorteils willen dürfen nirgendwo zugelassen werden.

Darüber hinaus bekunden wir unsere Überzeugung, daß eine Friedenssicherung durch nukleare Abschreckung, also durch die Androhung von Völkermord mit Massenvernichtungswaffen, von Grund auf inhuman ist und mit dem Wunsch der Völker, in Frieden und Freiheit zusammenzuleben, unvereinbar bleibt.

Wir fordern daher eine Sicherheitspolitik, die sich nicht länger in verblendeter Überschätzung der Wirksamkeit von Waffen auf militärisches Denken beschränkt, sondern Sicherheit für alle mit vorwiegend politischen Lösungen zu gewährleisten sucht.

Mit dieser Forderung solidarisieren sich mehr und mehr Menschen nicht nur in unserem Land, sondern auch bei unseren Nachbarn in West und Ost und nicht zuletzt auch jenseits des Atlantiks. Menschen, die ganz unabhängig von ihren sonstigen Meinungen und politischen Überzeugungen in der Forderung übereinstimmen, Abschreckung durch Abrüstung zu ersetzen.

Es ist deshalb nur natürlich, daß hier und heute unter den Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen und Gruppierungen, die den Krefelder Appell unterstützen, auch ein Angehöriger der DKP darlegen wird, worin das gemeinsame Interesse von Kommunisten und Nichtkommunisten an der Verhinderung einer Entwicklung besteht, die zum nuklearen Krieg in Europa hinführen kann und in jedem Fall mit mehr Nuklearwaffen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit zur Folge haben muß. Wir lehnen es ab, die Tatsache, daß es dies gemeinsame Interesse gibt, nur deshalb schamhaft zu verschweigen, weil sie den professionellen Verleumdern willkommene Gelegenheit bietet, den Krefelder Appell als vom Polit-

büro der KPdSU initiiert und von Kommunisten gesteuert zu diffamieren.

Sie sollten sich nicht so viel Mühe machen, uns ist doch längst gleichgültig geworden, was da alles gesagt und unter der Scheinlegitimation von Verfassungsschutzberichten vorgegaukelt wird. Haben doch die Millionen, die hinter diesem Appell stehen, längst jene Volksfront gebildet, von der Herr Kohl gesprochen hat, wobei er diesem Begriff selbstredend eine ganz andere, abwertende Bedeutung unterlegen wollte, die nichts zu tun hat mit jener Front des Volkes, wie sie sich von Tag zu Tag fester gegen eine Regierung zusammenschließt, deren Rüstungskurs gegen das Volksinteresse verstößt, weil es die Menschen einem unvernünftigen und unnötigen Risiko aussetzt.

Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch die Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas sind aufgerufen, sich mit uns gegen diese Entwicklung zu stemmen, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Krisenherd ersten Ranges hochgerüstet wird. Damit wir darüber hinaus gemeinsam die entscheidende Wende herbeiführen, Sicherheit nicht länger auf immer noch mehr Waffen, sondern endlich auf eine drastische Reduzierung der nuklearen und konventionellen Überrüstung zu gründen, bis die atomwaffenfreie, rüstungsarme Welt erreicht ist, in der wir leben wollen."

Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann

"Ich möchte heute ein paar Randbemerkungen machen zu ein paar Randerscheinungen unserer Bemühungen um den Frieden. Es haben da manche Leute manches gesagt, was für sich allein genommen nicht so schön ist. Aber nimmt man alles in allem, wird ein Chor daraus, der uns nicht abschrecken kann, sondern ermuntert. Ich kann bei der Fülle des Echos nur wenige Beispiele nennen.

Es war eine Friedenskundgebung am 10.10.1981 in Bonn. Es war eine friedliche Kundgebung. Aber am nächsten Tag stand in 'Bild am Sonntag' eine Äußerung von Herrn Kardinal Ratzinger, und die lautete: 'Der Streit um den Frieden hat eine blutige Spur in unser Land eingezeichnet.' Mit den Streitern um den Frieden hat er uns ganz gut charakterisiert. Aber, da er uns doch wohl nicht mit Krawallmachern anderswo verwechselt, fragte ich mich, was hat der Herr Kardinal mit der blutigen Spur gemeint? Es hat zwar ein Polizist in Bonn geblutet, aber nur, weil er eine Coladose ungeschickt geöffnet hat. Und ich selber habe bei einer Rede auf dem Evangelischen Kirchentag Nasenbluten bekommen, aber daran war der Herr Piecyk von den Jusos schuld, weil der nämlich so viel geraucht hat und ich das nicht vertrage. Beides kann doch der Herr Kardinal nicht gemeint haben. Und fast möchte ich, falls es kirchenrechtlich erlaubt ist, mich über den Herrn Kardinal wundern. Aber ich fürchte, es ist nicht erlaubt. Und deswegen erkläre ich lieber gleich: Ich wundere mich überhaupt nicht.

In derselben 'Bild am Sonntag' war aber auch etwas anderes zu lesen. Es wurde nämlich gerade der friedliche Verlauf der Kundgebung hervorgehoben. Aber das war ganz schlecht. Das war ein Beweis für die kommunistische Steuerung, weil Kommunisten nämlich diszipliniert sind. Die Friedensbewegung steht also vor dem Dilemma, friedlich aber kommunistisch oder nicht kommunistisch aber unfriedlich zu sein. Manche christlichen Politiker sind da in einer etwas merkwürdigen Situation: Einerseits ist für sie ein Kommunist so etwas wie ein leibhaftiger Gottseibeiuns, andererseits sind sie glücklich, Kommunisten in einer Kundgebung zu entdecken, denn das erspart ihnen das Denken. Sie sagen 'infiltriert', 'gesteuert', 'Volksfront', und damit ist ihr Horizont der Gefahr entronnen, sich zu erweitern, und bleibt weiterhin selbstzufrieden, eng und stabil.

Weil es nicht darauf ankommt, w a s man uns vorwirft, sondern nur, d a ß man uns etwas vorwirft, weil es nicht um Argumente, sondern um Diffamierung geht, kann man uns statt des Kommunismus auch Faschismus vorwerfen, wenigstens latenten. So geschehen in einem Kommentar des Bayerischen Rundfunks. Und weil es um Diffamierung geht, kann man auch statt unserer Sache unsere Person aufs Korn nehmen. In demselben Kommentar heißt es, bei der Friedensbewegung sei unsere 'kleine rachitische Seele aus dem Gefängnis des pickligen Körpers geflattert'. Wir wollen das mit Humor nehmen. Und die 'zwielichtigen Gestalten' des Herrn Bundeskanzlers wollen wir mit Vornehmheit übergehen, obwohl, wenn von Zwielichtigkeit die Rede ist, es für meine Begriffe nichts Zwielichtigeres gibt als einen Doppelbeschluß.

Aber es gibt auch Dinge, die wir ernster nehmen. Was man uns vielfältig vorwirft, ist unsere Emotionalität. Damit will man uns den Verstand absprechen. Verstand u n d Gefühl zu haben, das scheint manchen Leuten unmöglich. Ich jedenfalls habe - von manchen Ausnahmen abgesehen - überhaupt nichts gegen Gefühle. Ich habe viel mehr gegen Gefühllosigkeiten. Wenn es in der Vergangenheit zum Beispiel mehr Mitgefühl gegeben hätte in der Welt, gäbe es viele Orte des Schreckens weniger auf der Welt. Und wenn es heute mehr Mitgefühl oder Verantwortungsgefühl gäbe in der Welt, gäbe es weniger Hunger und Folter und Gefängnis und Leid und Unrecht und Angst. Man wirft uns unsere Angst vor. Aber wir haben keine Angst vor unserer Angst und bekennen uns zu ihr. Denn unsere Angst ist keine irrationale, keine egoistische. Sie ist wesentlich eine Angst um andere, um alle, und ich wünsche mir mehr davon statt weniger. Denn solange diese verantwortliche Angst um den Menschen existiert, dürfen wir Hoffnungen haben. Erst wenn wir zu monströsen Wesen entarten, die Angst umeinander nicht mehr haben wollen oder haben können oder haben dürfen, wird die Zukunft endgültig ausweglos.

Ich habe etwas über den Herrn Bundeskanzler gelesen, was mich bestürzt gemacht hat. Frau Ministerin Huber hatte in einer Kabinettssitzung geäußert, sie sei in Sorge darüber, daß Deutschland 'Schauplatz eines atomaren Stellvertreterkriegs werde'. Und der Herr Kanzler hat die Frau Ministerin abgekanzelt und erklärt, er dulde nicht, 'daß sich ein Kabinettsmitglied so emotional äußert'. (Zitiert nach 'Der Spiegel' Nr. 44/1981, S. 21) Ich halte es für schlecht, keine Sorge vor einem solchen Krieg in Deutschland zu haben. Mit solchem Heroismus ist uns nicht geholfen. Solche Sorge bei anderen zu unterdrücken, halte ich für schlimm. Mit solchen Unterdrückern ist uns nicht gedient. Und ich danke Frau Huber für

diese ihre Sorge, denn auf Menschen mit menschlichen Gefühlen sind wir angewiesen. Und in mancher Leute Gefühle ist mehr Verstand als in anderer Leute Gehirn.

Noch ein anderes Gefühl sollte unserem Herrn Abkanzler helfen, sich gegen die Stationierung der amerikanischen Raketen in Deutschland zu wenden. Denn der Kanzler weiß, was 'jedermann weiß', daß nämlich 'alle in Europa installierten Mittelstreckenraketen nur zum Erstschlag, niemals aber zum Zweitschlag geeignet sind'. Denn schließlich hat er das selbst gesagt, als er noch nicht Kanzler war. Ich möchte seinen Satz noch einmal lesen: 'Alle in Europa installierten Mittelstreckenraketen sind nur zum Erstschlag, niemals aber zum Zweitschlag geeignet.' Auf Deutsch heißt das: Die neuen Raketen sind Angriffs- und nicht Verteidigungswaffen. Und wenn es in der Politik so etwas gibt wie ein Schamgefühl, dann sollte - wenn schon nicht Verstand und Selbsterhaltungstrieb - uns unser Schamgefühl davor bewahren, einen neuen Vernichtungskrieg von deutschem Boden aus oder die Waffen dazu auf deutschem Boden zu dulden, nachdem schon einmal ein Vernichtungskrieg von Deutschland aus gegen unsere Nachbarn im Osten geführt wurde. Aber offenbar ist die Scham über die vielen Millionen Opfer nicht groß genug, um nicht die schamlose Vernichtung von noch mehr Millionen zu denken oder denkbar zu machen.

Es ist schon, um zu der Blutspur des Herrn Kardinal zurückzukehren, eine solche in unser Land gezeichnet. Der Beschluß zur Stationierung der Raketen, die gedacht sind, gegebenenfalls viele Millionen Menschen zu töten, hat sie gezeichnet. Die Stationierung der Raketen wird sie noch tiefer zeichnen. Es ist für jeden, der Augen hat zu sehen, schon jetzt unser Himmel und unsere Erde rot von dieser Spur und von dem Ende, zu dem sie führt. Und es kann kein Trost sein, daß, nachdem der Mensch schon so viele schlimme Spuren in unsere Erde gezeichnet hat, diese Spur, wenn wir ihr folgen, unsere letzte, unsere allerletzte sein wird.

Man hat uns von Seiten unserer Gegner einen 'unfreien Gang' bescheinigt. Das soll wohl heißen, daß wir die Diener fremder Herren sind. In Wahrheit sind wir die Freien, weil wir uns nicht zu Vernichtern dressieren lassen, weil wir uns nicht zu Menschentötern degradieren. Und mit uns sind alle frei, die an eine andere, eine menschlichere Zukunft glauben als die, die uns die Herren dieser Welt mit ihren Bomben verheißen."

<u>Prof. Ichiro Moritaki, Hiroshima</u>
Präsident der Anti-A-und-H-Bomben-Bewegung

"Ich freue mich sehr, die Bundesrepublik Deutschland besuchen zu können. Als ich von Herrn Gert Bastian und Frau Petra Karin Kelly, die an unserer Anti-Atomwaffen-Konferenz im August teilnahmen, zu diesem Forum eingeladen wurde, habe ich noch wegen meines Alters (80 Jahre) und meines Gesundheitszustandes stark gezögert. Dennoch habe ich mich nun entschlossen, nach Europa zu kommen, wo sich - vor allem in der Bundesrepublik Deutschland - eine große

Anti-Atom-Bewegung entwickelt.

Der Krefelder Appell und die Unterschriftensammlung ist, so glaube ich, die wichtigste Triebkraft des Anwachsens dieser Bewegung, die eine echte Basisbewegung der Menschen selbst darstellt. Ich denke, daß die Kraft, die letzten Endes in der Lage ist, den Wahnsinn des Wettrüstens zu stoppen, die Kraft wirklicher Volksbewegungen auf der ganzen Welt ist, die in diesem gefährlichen atomaren Zeitalter um des Überlebens der Menschheit willen aktiv werden, das heißt, die Kraft ursprünglicher menschlicher Solidarität.

Der Krefelder Appell wendet sich vor allem gegen die Gefahr der Stationierung taktischer Nuklearwaffen und verschiedener Raketen, gegen die aktuelle Möglichkeit, zu einem Schlachtfeld des Atomkrieges zu werden. Der Atombombenabwurf auf Hiroshima ist gewissermaßen ein 'Modell' oder der Probefall der Anwendung taktischer Atomwaffen. Als einer der Überlebenden von Hiroshima kann ich vom Ort der Katastrophe selbst berichten.

Die Atombombe von Hiroshima wurde nach der Entwicklung der Wasserstoffbombe als 'Baby-Bombe' bezeichnet. Doch schon diese eine 'Baby-Bombe' verursachte einen solch unbeschreiblichen, furchtbaren Holocaust in Hiroshima. Wenn es in Europa zu einem Atomkrieg kommt, würde das unweigerlich zu einem neuen Hiroshima führen. Europa würde sozusagen zum 'Euroshima'.

Als ein lebender Zeuge des Holocaust von Hiroshima möchte ich in Ihrer Sprache die folgende Botschaft von Hiroshima überbringen:

Nie wieder Hiroshima!

Europa darf nicht zum 'Euroshima' werden!

Wir wollen leben!

Das Leben muß siegen!"

<u>Anthony Wedgewood Benn, London</u>
Mitglied des Vorstandes der Labour Party

"Vor vierzig Jahren wurde Europa in einen bitteren und zerstörerischen Kampf gegen den Faschismus hineingerissen,der -zig Millionen Menschenleben kostete. Heute, im Jahre 1981, ringen Europäer in Ost und West um den Frieden gegen diejenigen, die einen neuen Rüstungswettlauf propagieren. Männer und Frauen jeden Alters, verschiedenster politischer und religiöser Überzeugungen beginnen deutlich zu machen, daß sie eine Rückkehr zum Militarismus nicht hinnehmen werden.

Es ist wichtig, daß die Forderungen, die wir stellen, klar sind, so daß jeder versteht, was wir wollen:

1. Wir wollen den atomaren Rüstungswettlauf und die Stationierung von Atomwaffen auf unseren eigenen Territorien nicht akzeptieren.

2. Wir wollen nicht hinnehmen, daß unser europäischer Kontinent

von den Supermächten unter dem Vorwand, uns vor der jeweils anderen Macht schützen zu wollen, dominiert wird.

3. Wir fordern, daß die Zusammenarbeit ganz Europas begonnen wird mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone und ein Sicherheitssystem zu schaffen, das letzlich sowohl die NATO als auch den Warschauer Pakt ersetzen soll.

4. Wir wollen, daß ein geeintes Europa von sich selbst in voller Eigenständigkeit regierenden Staaten sich zu einer Kraft entwickelt, die in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen für Frieden, Menschenrechte und Entwicklung in der Welt wirkt.

5. Wir stellen mit allem gebotenen Ernst fest, daß wir fortfahren werden, eine solche Politik zu fordern, bis sie von allen Regierungen in Europa und von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion akzeptiert wird.

Die Friedensbewegung in Westeuropa steht - genauso wie die Freiheitsbewegung in Osteuropa - für eine konstruktive Zukunftsperspektive für unseren Kontinent und die ganze Welt.

Dieses Verständnis deckt sich völlig mit der Politik, die die britische Labour Party vertritt, und wir appellieren unmittelbar an all jene, die diese Vorstellungen teilen, mit uns gemeinsam für die Durchsetzung dieser Forderungen einzutreten."

Prof. Dr. Robert C. Jungk

"Seit der Krefelder Appell veröffentlicht wurde, hat sich die Weltlage abermals gefährlich verschärft. Durch die Äußerungen führender amerikanischer Politiker oder Militärs und die zu erwartenden harten Antworten ihrer sowjetischen Gegenspieler ist ein böses Klima entstanden, eine bedrückende Vorkriegsstimmung.

Viele Menschen halten jetzt einen Atomkonflikt auf europäischem Boden für eine nahe Möglichkeit. Sie sprechen von Auswanderung, sie zerbrechen sich den Kopf über mögliche Fluchtwege, sie denken im Ernstfall sogar an Selbstmord. Die Friedensbewegung tritt für die Rücknahme aller neuen Mittelstreckenraketen ein, die wesentlich zu dieser Eskalation geführt haben. Sie sollte aber vorhergehend schon eine Rücknahme und Einstellung der Drohungen verlangen, die während der letzten Wochen in die Weltöffentlichkeit geschleudert wurden. Denn wenn die Genfer Verhandlungen, die Ende dieses Monats beginnen, Erfolg haben sollen, dann müßten sie begleitet werden von einem sofortigen Abbau der Propagandaraketen, deren brisante Wortsprengköpfe fast täglich auf uns abgefeuert werden. Wir verlangen: Schluß mit der Kriegshetze! Schluß mit dem neuen Nervenkrieg!

Leider müssen auch die neuesten Vorschläge des amerikanischen Präsidenten als eine Variante der psychologischen Kriegsführung gesehen werden. Sie wollen schon vor Beginn der Genfer Gespräche die andere Seite als schuldig am Scheitern der Verhandlungen brandmarken. Hätte Reagan wirklich Frieden im Sinn und nicht weitere

Aufrüstung, auf die Amerikas in schwere Krise geratene Wirtschaft nicht verzichten will, dann hätte er viel, viel weiter gehen müssen.

Maßnahmen zur psychologischen Friedensvorbereitung könnten sogar einseitig, ohne die befürchtete Gefährdung der militärischen Positionen, gesetzt werden, zum Beispiel durch Signale wie diese: Verzicht auf Militärparaden, Verzicht auf Wehrerziehung, Entwurf und Veröffentlichung von schrittweisen Abrüstungs-'Szenarien', Vorstellung von konkreten Entwicklungsplänen über Andersverwendung der Rüstungsmilliarden für dringende soziale und ökologische Probleme.

Weshalb riskieren die Mächtigen nicht endlich einmal 'Friedensplanspiele' anstelle der üblichen Kriegsmanöver? Weshalb lenken sie ihre eigene Phantasie und die ihrer Helfer seit Jahrzehnten schon überwiegend auf die Herstellung immer neuer Waffensysteme und Pläne für einen kommenden 'Ernstfall'? Ist der wirkliche, der schon vorhandene Ernstfall nicht die wachsende Arbeitslosigkeit, die immer katastrophalere Umweltzerstörung, die zunehmende Verarmung?

Weil die Herrschenden sich bisher als unfähig erwiesen haben, gerechtere, menschlichere, lebenserhaltende Zukünfte zu planen und in die Wege zu leiten, ist weltweit eine Überlebensbewegung entstanden, die in zahlreichen schriftlichen Vorschlägen und praktischen Experimenten zu zeigen versucht, daß es auch anders geht. Es ist möglich, Arbeitsplätze zu schaffen, ohne daß Menschen Mordwerkzeuge zur Vernichtung anderer Menschen herstellen müßten.

Es ist möglich, genügend Energie zu erzeugen ohne die umweltvergiftenden, die nuklearen Kriegsrisiken vergrößernden Atomkraftwerke.

Es ist möglich, die Wirtschaft und die Versorgung aller sicherzustellen ohne Größenwahnprojekte wie die Startbahn West am Frankfurter Flughafen.

Es ist möglich, mit den Bürgern zu regieren statt gegen sie.

Es ist möglich, Städte und Dörfer wieder wohnlich zu machen.

Es ist möglich, Bildung, Kunst und Altersversorgung ohne Abstriche zu finanzieren.

Es ist möglich, unserer hoffnungslos gewordenen, angstgeplagten Gesellschaft Lebensfreude und Zukunftserwartung wiederzugeben.

All das und noch viel mehr ist möglich, wenn Vorstellungen und Pläne, Können und Gelder endlich auf lohnende, friedliche Ziele gerichtet werden statt auf Rüstung und Nachrüstung und Nachrüstung der Nachrüstung und so immer weiter bis zum Bankrott oder bis zur planetaren Katastrophe.

Wir rufen den Regierenden in Ost und West, in Nord und Süd zu: Hört auf, Euch taub zu stellen! Hört endlich auf Eure Bürger, die den Marsch in den Atomabgrund nicht mehr mitmachen und sich vom drohenden Massentod abwenden, um eine lebenswerte Welt von morgen in Gedanken und Taten zu erfinden und zu erschaffen. Das ist ein 'Appell', der nicht mehr aufhören wird: Nie wieder Krieg und endlich Frieden!"

Prof. Dr. Hans Mausbach

"Im Namen von 400 Ärzten aus Hessen grüße ich die Teilnehmer des Zweiten Forums der Krefelder Initiative in Dortmund, In unserem Aufruf 'Ärzte gegen Atomraketen' warnen wir vor den Folgen eines Kernwaffenkrieges. Im Interesse des Schutzes des Lebens unterstützen wir den Krefelder Appell 'Der Atomtod bedroht uns alle - Keine Atomraketen in Europa! Wir appellieren an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen.' Wir setzen uns für die Beendigung des Wettrüstens in Ost und West ein mit dem Ziel, auf dem Verhandlungswege zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen zu kommen.

Schon zweimal in diesem Jahrhundert hätte die deutsche Ärzteschaft ihre Stimme zur Verhinderung der beiden Weltkriege erheben müssen. Damals waren es einzelne, wie Albert Schweitzer und Siegmund Freud, Max Hodann, Georg Benjamin und Friedrich Wolf, die vor Militarismus und Krieg, vor Faschismus und Krieg gewarnt haben.

In diesen Jahren finden immer mehr Ärzte und Wissenschaftler zur internationalen Friedensbewegung. In den USA, Großbritannien, den Niederlanden, der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland schließen sich Ärzte zusammen und fordern Abrüstungsschritte. In der Hamburger Universität versammelten sich im September dieses Jahres mehr als 1.500 Ärzte zu einem Kongreß gegen die Atomkriegsgefahr. Der Kongreß trug den Titel 'Die Überlebenden werden die Toten beneiden'. Was bedeutet das?

Der Verlust an Menschenleben wird so hoch und die Zerstörungen eines Kernwaffenkrieges in der Bundesrepublik werden so furchtbar sein, daß die Überlebenden ihres Lebens nicht mehr froh werden könnten. Die Ärzteschaft weist darauf hin, daß bei einem Atomkrieg ärztliche Hilfe nicht mehr möglich ist. Es würde keine wirksame Hilfe gegen die Vielzahl von Krankheiten und Verletzungen geben, insbesondere nicht gegen die Strahlenkrankheit. Die meisten Krankenhäuser würden zerstört sein, die Medikamente unbrauchbar. Die Ärzte und das medizinische Personal wären tot oder krank und unter Strahleneinwirkung. Was würden die Überlebenden tun können, um den Kranken Hilfe zu bringen? Das Wahrscheinlichste ist, daß jedermann trachten würde, sich in strahlenfreies Gelände in Sicherheit zu bringen. Der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Vilmar, hat soeben erklärt: 'Bei einem Flächenbombardement der Bundesrepublik oder eines anderen Landes ist ärztliche Hilfe nicht nur nicht mehr möglich, sondern es benötigt auch niemand mehr Hilfe.' (DÄ 45/5.11.1981)

Ein weiteres Notstandsgesetz, das sogenannte Gesundheitssicherstellungsgesetz, wie es Bundesregierung und Bundeswehrführung propagieren, würde nur Illusion über den Charakter eines Kernwaffenkrieges nähren, demokratische Verfassungsrechte beschneiden und das Gesundheitswesen der Kontrolle von Militärs unterwerfen. Wir aber brauchen freie Hand, um etwas gegen die Atomkriegsgefahr zu tun.

Im Zeitalter der Atombombe ist es töricht, vom Arzt zu verlangen, er solle politisch untötig bleiben. Sollen wir, die wir die Kinder gegen Seuchen und ansteckende Krankheiten impfen, etwa nichts unternehmen, um sie vor radioaktiver Verseuchung und vor dem sicheren Tod durch Atomwaffen und Neutronenbomben zu schützen?

Die jetzigen Repräsentanten der USA, Reagan und Weinberger, lassen durchblicken, daß es für sie Wichtigeres gibt als den Frieden. Und solchen Leuten sollen wir gestatten, bei uns Mittelstreckenraketen zu stationieren? Wir würden uns ja selbst aufgeben, wenn wir zuließen, daß Vorbereitungen getroffen werden, die einen begrenzten Kernwaffenkrieg in Europa, der jederzeit zum Schlimmsten eskalieren könnte, dem strategischen Kalkül des Pentagon überlassen.

Nein, Europa braucht endlich Frieden und Entspannung, die Bundesrepublik braucht gute Nachbarschaft nach Ost und West. Laßt uns unsere Ideen, unsere Tatkraft und auch einige Milliarden aus dem Rüstungshaushalt für vernünftige humane Ziele einsetzen!

Die heutige Schlüsselfrage aber ist, daß wir aller Welt und auch Washington deutlich machen: Europa will nicht zum Schauplatz eines Kernwaffenkrieges werden.

Deshalb rufen wir auf zum Widerstand! Deshalb fordern wir von der Bundesregierung in Bonn: Keine Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik und in Europa!"

<u>Kurt Georgi</u>
(verlesen von Gerhard Limpert, Gewerkschaftssekretär)

"Internationale Verpflichtungen machen es mir leider unmöglich, am heutigen Tag in Dortmund am Zweiten Forum der Krefelder Initiative teilzunehmen. Dennoch möchte ich es nicht versäumen, meinen Beitrag zu dieser Veranstaltung zu leisten. Ich empfinde tiefe Genugtuung darüber, daß auch hierzulande eine starke Friedensbewegung über Parteigrenzen hinweg entstanden ist, die aus unserem bundesrepublikanischen Alltag nicht mehr herausdiskutiert werden kann und die auch dort nicht mehr zu ignorieren ist, wo man in der Bundesrepublik die großen politischen Entscheidungen fällt.

Der gewerkschaftliche Kampf gegen den Militarismus und gegen das internationale Wettrüsten gehört seit eh und je zu den traditionellen Verpflichtungen der deutschen Arbeiterbewegung. Wir wissen nur allzu gut, daß es bei allen bewaffneten Auseinandersetzungen vornehmlich die Arbeitnehmer und ihre Familien waren, die die Last und die Leiden des Krieges zu tragen hatten, daß sie den Blutzoll für jene entrichteten, die am Rüstungsgeschäft das große Geld verdienen und die noch bei jedem Krieg ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen wußten.

Man hat im vergangenen Jahrhundert den 'Erzfeind Frankreich' produziert. Man hat vor siebzig Jahren den 'Würgegriff des britischen Imperiums' erfunden, und man verteufelt da neuerdings mit Fleiß den sogenannten sowjetischen Rotarmisten, den man mit sehr viel Raffinesse in den Mittelpunkt eines neugeschaffenen Feindbildes zu stellen versucht. Wir brauchen keine neuen Feindbilder, sondern Freundbilder, die es uns erlauben, mit all unseren Nachbarn in friedlicher Koexistenz zu leben. 500 000 gesicherte Arbeitsplätze

durch den Osthandel, Erdgas und Energie aus Sibirien sind für uns lebenswichtig, neue Raketen aus den USA aber können tödlich sein.

Uns kann niemand einreden, daß sich unsere Arbeitsmarktlage durch Rüstungsproduktion verbessern lasse. Wir kämen der Vollbeschäftigung schnell wieder etwas näher, wenn man endlich einen Teil der Rüstungsmilliarden in unsere Rentenversicherung umleiten und die Altersgrenze herabsetzen würde. Und hätte sich nicht die Arbeitslosigkeit von vornherein verhindern lassen, wenn man die astronomischen Militärausgaben dazu verwendet hätte, die riesigen Bedarfslücken im öffentlichen Nahverkehr unserer Ballungsgebiete zu schließen? Wenn man sie dazu verwendet hätte, den Rentnern und kinderreichen Arbeitnehmerfamilien menschenwürdige Sozialwohnungen zu erschwinglicheren Preisen anzubieten? Wir hätten doch mit diesem Geld nicht nur eine vernünftige Bedarfsdeckung erzielen können, sondern auch wirtschaftliche Wachstumsraten, die unsere Arbeitsmarkt- und unsere staatlichen Haushaltprobleme erst gar nicht hätten auftreten lassen.

Ist es nicht ein Hintertreppenwitz unserer Weltgeschichte, daß fast zwei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern am Rand des Existenzminimums dahinvegetieren, daß 800 000 Millionen auf unserer Erde dem tiefsten Elend ausgeliefert sind, daß 15 Millionen Kinder Jahr für Jahr elend verhungern müssen, während man in den westlichen Industriestaaten Butter- und Schweineberge einlagert und die Produktionskapazität nicht einmal zu 70 Prozent auszulasten vermag? Noch vor kurzem konnte man in der Presse nachlesen, daß im letzten Jahr nahezu 700 Milliarden DM für die Kriegsrüstung ausgegegeben wurde. Und nun will der neue amerikanische Präsident dieser ungeheuren Summe noch weitere anderthalbtausend Milliarden Dollar hinzufügen. Mit der eingelagerten Vernichtungskraft der Bomben und Raketen könnte man heute schon die Welt siebzehnmal in Kleinholz verwandeln. Dieser Irrsinn ist kaum noch zu überbieten.

Da gibt es heutzutage nicht nur in der Vereinigten Staaten, sondern auch hier in der Bundesrepublik eine ganze Reihe namhafter Leute, die uns näherbringen wollen, daß auch die Neutronenwaffe dem Weltfrieden und damit unserer persönlichen Sicherheit diene. Als ob es von diesem Teufelszeug atomarer Vernichtungskraft nicht auf beiden Seiten schon viel zu viel gäbe. Dieses fragwürdige Produkt militärischen Ungeistes, die Neutronenbombe, wird in Wahrheit nicht einem einzigen Menschen mehr Sicherheit, der weltweiten Zerstörungskraft aber eine neue Dimension geben - eine Dimension, mit der man die Erde dann nicht nur siebzehn-, sondern achtzehnmal, wenn nicht gar zwanzigmal in einen Schrotthaufen verwandeln kann.

Mit einem Rüstungshaushalt von über 42 Milliarden stehen wir auch in diesem Jahr an der Spitze aller europäischen NATO-Staaten. Ich meine, daß wir als Bürger und Steuerzahler dieses Staates ein Recht darauf haben, die Frage zu stellen, wer aus all den Rüstungsmilliarden den großen Profit macht, wo und bei wem ständig die Kasse klingelt. Es gibt doch nicht den geringsten Zweifel daran, daß dieser gewaltige finanzielle Aufwand unserer Gesellschaft auch gleichzeitig Gegenstand ganz massiver wirtschaftlicher Interessen ist. Wie könnte es in unserer angeblich sozialen Marktwirtschaft schon anders sein! Ich bin sicher, daß es aufschlußreich ist, einmal einigen Einzelposten in der militärischen Gesamtrechnung nachzugehen: Das Bundesamt für Wehrtechnik

und Beschaffung hat im vergangenen Jahr an westdeutsche Industrieunternehmen Zahlungen in Höhe von über 12 Milliarden DM geleistet. Dieser Ausgabenposten einschließlich Forschung und Erprobung wird auch in diesem Jahr nicht geringer sein. Ist bei solchen Dimensionen nicht die Frage berechtigt, wo dieser beträchtliche Teil unserer so sauer erarbeiteten Steuergroschen hingeht? Den Löwenanteil der staatlich aufgewendeten Mittel teilen sich einige wenige Großkonzerne untereinander. Es handelt sich da um einschlägig bekannte Namen, um Firmen, von denen die eine ihr zweihundertjähriges Jubiläum als Waffenschmiede schon vor längerer Zeit hat feiern können. Eine große überregionale Zeitung schrieb damals: 'Auch die Alten - immer noch rüstig - sind wieder dabei, die Familien Flick, Quandt, Thyssen, Röchling und die großen Kapitalgesellschaften wie Siemens, AEG-Telefunken und natürlich auch Krupp.' Dazu kommen dann die neuen Namen: Messerschmidt-Bölkow-Blohm und die Vereinigten Flugtechnischen Werke Dornier. Aber auch bei Daimler-Benz, bei MAN und einigen Großwerften wird mittlerweile an der Rüstung sattes Geld verdient.

Den Nutzen aus der Rüstung ziehen diejenigen, die hierzulande das ganz große Geld verkörpern. Es überrascht nicht, daß die gleichen Kreise zu jenen zählen, die uns bei den immer härter werdenden sozialen Auseinandersetzungen durch ihre antigewerkschaftliche Scharfmacherei das Fürchten lehren wollen. Es sind die gleichen, die uns die Mitbestimmung streitig machen, die uns erzählen, an den weltweiten Krisenerscheinungen unserer Tage sei nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern das angeblich zu eng geknüpfte Netz unserer sozialen Sicherheit und die Arbeitslosen schuld. Die Opfer werden als die Täter denunziert.

Ich hoffe, es wird verstanden, wenn ich aus der Sicht des Gewerkschafters das Problem der Friedenssicherung mit dem der sozialen Sicherung verbinde. Der Frieden kann nicht gesichert werden, wenn man sich zu Tode rüstet. Er kann nur dadurch gesichert werden, daß wir Vertrauen schaffen zwischen den Staaten und Völkern dieser Erde. Das aber bedeutet, daß wir miteinander reden müssen und daß wir miteinander Verträge schließen - so wie es zu Beginn der siebziger Jahre im Zuge einer wirksamen Entspannungspolitik geschehen ist. Diese Entspannungspolitik muß fortgesetzt werden, auch gegen den Willen derer, die da glauben, mit einer Politik der Stärke und einem Gleichgewicht des Schreckens und der Angst den Frieden sichern zu können. Wir wollen mit unseren Frauen und Kindern in Frieden leben. Wir wollen, daß der soziale Besitzstand gesichert bleibt, und wir sind zutiefst davon überzeugt, daß wir darauf einen echten und unabdingbaren Anspruch haben. In diesem Sinne wünsche ich dem Forum in Dortmund einen vollen Erfolg: Keine neuen Atomraketen! Nie wieder Krieg!"

Petra Karin Kelly

"Erst vor drei Tagen hatte Präsident Ronald Reagan in seiner außenpolitischen Rede erklärt: 'Es gibt keinen Grund, warum Menschen in irgendeinem Teil der Welt in ständiger Furcht vor dem Krieg oder dem Gespenst eines Krieges leben müßten.' Am s e l b e n Tag erklärt Reagans Sonderbeauftragter für Lateinamerika, V. Walters, von der neuen amerikanischen Doktrin - 'konstruktive Zweideutigkeit'. Walters verwies auf Alexander Haig, der auf eine Frage ein gewaltsames Vorgehen gegen Nikaragua, Kuba und El Salvador nicht hatte ausschließen wollen. Dies führte zu einer neuen Doktrin - die 'konstruktive Zweideutigkeit' - eine mächtige Waffe - 'Sie (diese Länder) sollen sich Sorgen machen -'

Ronald Reagan verfolgte in seiner Rede mit dem Angebot der verlogenen 'Nullösung' eine 'destruktive Zweideutigkeit', und wir, in dieser unabhängigen Friedensbewegung, sagen hierzu: 'Eine Schmidt/Reagan-Nullösung - nein,danke!'

Wir lassen uns auf diese demagogische Formel nicht ein, denn die SS 4, SS 5 und SS 20 können nicht vis-à-vis den eurostrategischen Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles bzw. gegen den Verzicht dieser Raketensysteme aufgerechnet werden. Der Abbau der SS-20-Raketen muß gefordert werden im Zusammenhang mit dem Abbau der britischen und französischen Atomraketen und Abbau der "Forward based Systems'. Nach wie vor lautet der e r s t e Schritt in Richtung 'Emanzipation vom Militarismus': die bedingungslose Rücknahme des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1979 zur Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles in Europa. Den zweiten Schritt hat Helmut Schmidt im Spiegel Nr. 15/81 selbst zu Protokoll gegeben nach seinem Besuch in Moskau vorigen Sommer: daß 'unter den Fachleuten der westlichen Welt niemand daran zweifelt, daß, wenn Gespräche über eurostrategische Waffen beginnen, die Sowjetunion aus ihrer Sicherheitslage heraus auch die Einbeziehung der Forward Based Systems verlangen müsse. Jemand, der sagt, das wird mir zu kompliziert und dauert zuviel Zeit, kann ich nicht ernst nehmen'.

Sophie Scholl sagte am 22. Februar 1943 vor dem Volksgerichtshof in München: 'Einer muß ja doch mal schließlich damit anfangen. Was wir sagten und schreiben, denken ja so viele...' Wir haben vor einem Jahr zusammen den ersten Schritt getan in der kompromißlosen Ablehnung der NATO-'Vor'- und nicht Nachrüstung. Es sind inzwischen Millionen Menschen geworden in allen europäischen Ländern, die mit uns kämpfen, so daß wir uns aus der Falle des NATO-Doppelbeschlusses befreien können. Während wir gewaltfrei kämpfen und die Zusammenhänge deutlich erkennen (auch die dritte Startbahn in Frankfurt hat etwas mit dem dritten Weltkrieg zu tun), erklärt E. Rostow, 'daß die USA entschlossen sind, in ihren Rüstungsprogrammen fortzufahren, gleich ob die Nachrichten vom Verhandlungstisch günstig oder ungünstig sind'. Und Frau Hamm-Brücher, FDP-Staatsministerin im Auswärtigen Amt, erklärt in Washington, DC, am 3. November 1981, daß 'diese Friedensbewegung momentan so eine Modesache ist'.

Wir beabsichtigen aber eine weitere 'Zweideutigkeit'. Es ist die an der Gewerkschaftsspitze bei uns. E. Loderer bedauerte am 19. November 1981 (Frankfurter Rundschau), das praktische Schei-

tern der DGB-Unterschriftenaktion: Von knapp acht Millionen Gewerkschaftsmitgliedern lägen nur 470.000 Unterschriften vor. 'Das ist ein Trauerspiel', meint Loderer. Ich meine, es ist auch ein Trauerspiel, wenn die DGB-Spitze sich auf den Besuch von Lech Walesa vorbereitet, sich für seine Aktionsformen und Zielsetzungen einsetzt, doch im eigenen Lande n i c h t in der Lage ist, über einen 'Generalstreik' gegen die Atomrüstung oder über 'Selbstverwaltungsmodelle' zu diskutieren, diese anzusteuern.

Wir weisen in dieser Friedensbewegung das 'Abschreckungs- und Gleichgewichtsdenken', die Unlogik einer sogenannten Sicherheitspolitik der Massenvernichtungsmittel auf beiden Seiten, zurück. Wir lehnen die immer wieder erfolglose 'Rüstungskontrolldiplomatie' ab, denn dort schreiten Militaristen mit überzogenen Forderungen, die nur auf die Ablehnung von Vorschlägen zielen, zum Verhandlungstisch. Abrüstung im Westen und im Osten muß von der gesellschaftlichen Basis, von unten, kommen, das heißt, wir müssen u n t e r e i n a n d e r loyal sein und nicht den Militärblöcken gegenüber. In dieser verseuchten, vergifteten, hochgerüsteten Welt, in der der dritte Weltkrieg schon begonnen hat (55 Millionen Menschen starben letztes Jahr den Hungertod, weil 400.000 Menschen Vernichtungspotential herstellen, weiter erfinden), gibt es nur 'Nächste'. Und darum sind wir solidarisch mit a l l e n Menschen in Ost und West, die die Nuklearisierung und Militarisierung ablehnen. Der Minimalkonsens dieser Bewegung ist nicht nur die Ablehnung der US-Raketen, sondern - so hoffe ich - die Ablehnung der Abschreckungslogik und des Militarismus überall. Ich begrüße die Worte von V. Falin, der vor kurzem gesagt hat: 'Die Philosophie und Politik des Gleichgewichts des Schreckens ist des Menschen nicht würdig.' Man müßte fast fragen: Warum liefern die beiden Supermächte den Israelis und ihren arabischen Nachbarn keine Atomraketen, wenn (wie Reagan, Schmidt, Genscher betonen) durch Abschreckung der Friede sicherer gemacht werden kann?

Ein Teilerfolg dieser Bewegung wäre die Verhinderung der NATO-'Vor'-Rüstung, doch müssen solche Teilerfolge und erste einseitige Schritte auch prinzipielle Änderungen im 'Sicherheitsdenken' nach sich ziehen, wie zum Beispiel die Loslösung aus der Blockkonfrontation, die Auflösung der Militärblöcke, alternative Produktion (Konversion), gewaltfreie Alternativen zu der herrschenden Militärideologie usw. Wir müssen auch für gesellschaftliche Verhältnisse eintreten, die 'Friedenspolitik' überhaupt möglich machen und gedeihen lassen. Dazu gehört der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, aber nicht nur bei uns, sondern überall auf dieser Welt, wo Menschenwürde unter Machtapparaten leiden muß.

Wir lehnen es ab, daß hemmungslose Bösartigkeiten geplant werden, um Bösartigkeiten zu verhindern. In dem Rüstungswettlauf - fast immer pausenlos von den Vereinigten Staaten initiiert seit Hiroshima und Nagasaki (das waren nur - nach heutiger Definition- kleine taktische Atomwaffen), wird der sogenannte Gegner zur Nachfolge gezwungen und so kommt es zur endlosen Aufschaukelung - obwohl wir nicht töter als tot sein können! Dem Versuch Reagans, militärische Überlegenheit anzustreben und damit überall seine Hinterhofinteressen abzusichern (mit einer atomaren Geisel namens Europa!) müssen wir ein gewaltfreies Ende setzen, indem wir bei uns erste einseitige Schritte einleiten. Wir wollen auch keine US-Atomraketen in japanischen Häfen. Wir wollen auch keine

sowjetischen U-Boote vor der Küste Schwedens. Wir wollen kein weiteres Vietnam, Afghanistan, El Salvador oder Türkei. Und wir wollen keine amerikanischen Eingreiftruppen auf der Startbahn West auf dem Wege in den Nahen Osten! Wir fordern eine weltweite Entmilitarisierung.

Und ich füge hinzu: Reaktoren und Bomben sind voneinander n i c h t zu trennen, denn AKWs sind jederzeit einsatzbereite Atomminen und machen aus einem ganz gewöhnlichen konventionellen Krieg einen Atomkrieg. Kriegerische Politik hat auch sehr viel mit den auf Wachstum ausgerichteten, ressourcenvergeudenden, energieverschleudernden Gesellschaften/Staaten zu tun, die im Kampf um die letzten Rohstoffe und Energiequellen aggressiv werden und militärisch eingreifen.

Wir sind weit mehr als eine Antiraketenbewegung. Wir verweigern jede praktische und ideologische Kriegsvorbereitung und - nach Bertrand Russell:

Handeln wird zum dringenden Gebot.

Fügsamkeit bedeutet Tod.

Nur Protest gewährt eine Lebenshoffnung."

Manfred Coppik

"Ein Gespenst geht um in Europa und läßt die Herrschenden erzittern: Das Gespenst des Pazifismus. In unserem alten Europa, wo früher der Heldentod auf den Schlachtfeldern als Ruhm und Ehre gepriesen wurde, kommen heute überall Hunderttausende zusammen, um ihren Protest gegen die weitere Aufrüstung kundzutun. Denn wir wissen, daß die geplante Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa das programmierte Ende Europas bedeuten kann. Wir schreien dagegen auf, weil wir nicht bereit sind, unser aller Leben einem defekten Computer zu überlassen, der den Zweitschlag befiehlt, ohne daß es überhaupt einen Erstschlag gab, und dann niemand in der Lage sein wird, die Vernichtungsmaschinerie wieder aufzuhalten.

Wir haben es satt, in einer Zeit, in der jede Seite in der Lage ist, die andere mehrfach zu vernichten, uns andauernd das Gerede von 'Nach'-Rüstung und Gleichgewicht anzuhören, wobei sich immer irgendein Bereich oder eine Region findet, wo man klammheimlich eine Gelegenheit zur Nachrüstung erspäht, und sei es eine zusätzliche Rakete für den Kreis Eschwege, weil im Kreis Eisenach drei Panzer mehr stehen.

Wir haben es satt, die Sprüche zu glauben, die die Aufrüstungspolitik nur verschleiern. Wenn Herr Genscher vor der UN-Generalversammlung sagt: 'Die Dritte Welt braucht Schulen und Krankenhäuser, sie braucht Traktoren und Fabriken, aber nicht Kanonen', dann müssen wir ihn fragen: Wer liefert die Kanonen? Wer liefert die U-Boote nach Chile?

Wir haben es auch satt, unseren Protest gegen Pershing II andauernd innenpolitisch dadurch abzusichern, daß wir auch gegen die SS 20 sind. Wir sind überhaupt gegen die Aufrüstung in der Welt, aber wir wissen, daß in der Sowjetunion keine einzige Rakete dadurch abgebaut wird, daß bei uns neue aufgestellt werden.

Und wir sind nicht bereit, zu verschweigen, daß in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation die Hauptkriegsgefahr von der Politik der Reagan-Regierung in den USA ausgeht. Die US-Regierung ist es, die nicht nur durch immer neue Maßnahmen den Rüstungswettlauf in der Welt anheizt, sondern offenbar nach regionalen Konflikten geradezu sucht, wo sie glaubt militärische Auseinandersetzungen aufgrund einer günstigen geopolitischen Situation 'erfolgreich' führen zu können. Die Äußerungen von Haig und Weinberger zu Nicaragua und anderen Ländern sollen Furcht auslösen, sie lösen bei uns aber auch Wut und Empörung aus. Die US-Regierung soll wissen; Wer Nicaragua militärisch angreift, der greift nicht nur unsere Brüder dort an, er greift auch uns, die europäische Friedensbewegung an und muß mit unserem Widerstand rechnen.

Unser Widerstand in unserem Land wird nur erfolgreich sein, wenn er so stark wird, daß die Bundesregierung begreifen muß, daß die Massenloyalität ihrer Wähler zur Disposition steht, wenn die Regierung die Politik der Aufrüstung und des sozialen Abbaus fortsetzt. Sie wurde gewählt für eine Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Wir haben Strauß nicht gestoppt, um auf dem Umweg über Reagan zu Schmidt eine Politik mitzumachen, die wir von Strauß befürchten mußten.

Die Vorbereitungen zur Stationierung der Pershing II laufen auf Hochtouren. Während das Kindergeld, das Wohngeld, die Ausbildungsförderung , die Gehälter und Stellen im öffentlichen Dienst gekürzt werden, sollen gleichzeitig z.B. die Ausgaben für die NATO-Infrastruktur in der Bundesrepublik 1982 um über 100 Prozent erhöht werden.

In Frankfurt wird mit der Startbahn West ein ökologisch unverantwortliches, ökonomisch sinnloses und nur militär-strategisch erklärbares Großprojekt selbst auf das Risiko eines Bürgerkrieges durchgeknüppelt. Die Rüstungsausgaben steigen 1982 insgesamt auf nahezu 70 Milliarden DM. Deshalb: Wir haben nicht viel Zeit.

Unser Widerstand wird aber auch nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Woher wir auch kommen, keine Loyalität zu irgendeiner Partei oder Organisation darf wichtiger sein als die inhaltliche Loyalität zu unserem Kampf für den Frieden.

Wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, wird uns auch niemand zum Schweigen bringen können. Dann werden wir immer und immer wieder, bis es auch die Herrschenden begreifen oder sie selbst keine Herrschenden mehr sind, immer und immer wieder mit der ganzen Kraft unserer Herzen und unseres Verstandes laut und vernehmlich unsere Forderung kundtun:

Stoppt die Aufrüstung!

Nie wieder Krieg!"

Werner Lutz

"An diesem Wochenende ziehen wir Bilanz unserer bisherigen Arbeit mit dem Krefelder Appell. Wir legen uns gegenüber Rechenschaft darüber ab, welche Erfolge wir erringen konnten. Wir wollen aber auch realistisch feststellen, was unserem Bemühen entgegensteht.

Zuerst zu den Fakten, auf die wir stolz sein können: Wir haben eine Unterschriftenbewegung zustande gebracht, die aufsehenerregend ist und an der normalerweise niemand vorbeigehen kann. Diese Unterschriften sind nicht nur beschriebenes Papier, gerade weil eine breite Diffamierungskampagne gegen den Appell abläuft, überlegt sich jeder, ob und was er unterschreibt.

Wir haben landauf, landab eine Welle von Friedenswochen, von Diskussionen, die meines Erachtens das Wichtigste sind, weil sie breite Teile der Bevölkerung erfassen und ansprechen. So können wir aufklärend und informativ wirken. Immer mehr Bürger verlassen sich nicht mehr auf das bewährte Expertentum der Militärs und der Rüstungsindustrie.

Unsere Organisationen, die diese Bewegung mittragen, haben viele Informationsstände durchgeführt. Wir haben Broschüren erstellt, Flugblätter und Ausstellungen sprechen die Menschen an. Ein Ergebnis ist die machtvolle Demonstration am 10.10.

Wir haben in den Parteien, in denen wir arbeiten, nach dem Beschluß eine breite Diskussion angeregt. Wo 1979 noch Totenstille herrschte und der NATO-Beschluß reibungslos hingenommen wurde, regt sich heute Widerstand.

Für uns war das Ergebnis auf dem FDP-Bundesparteitag ein wichtiger Zwischenerfolg. Schließlich haben - trotz Rücktrittsdrohungen des Bundesvorsitzenden - 25 Prozent der Delegierten gegen jede Stationierung gestimmt, und gar 33 Prozent wollen nicht, daß auf unserem Boden Raketen aufgestellt werden. Innerhalb von drei Wochen haben wir ohne Schwierigkeiten 1500 Funktionäre der mittleren FDP-Ebene gefunden, die sich mit ihrer Unterschrift gegen die Stationierung aussprechen. Und wir sind erst am Anfang - der nächste Parteitag kommt bestimmt.

Aber es gibt auch Dinge, die unsere Arbeit behindern und mit denen wir fertigwerden müssen: Wegen ihrer Unterschrift unter den Krefelder Appell oder wegen solidarisierender Zeitungsanzeigen werden Lehrer mit Berufsverbot belegt oder nicht übernommen.

Die Bundeswehr hat eine diffamierende Grafik zurückgezogen - aber zum Beispiel der Bundesgeschäftsführer der Jungen Union reist durch die Lande und verwendet sie mit der Begründung: Nur unter dem Druck der Linken habe die Grafik zurückgenommen werden müssen.

Öffentliche Angriffe und Diffamierungen erleben wir alle auf jeder Podiumsdiskussion, die wir zur Zeit bestreiten. Der profitable Antikommunismus soll seine alte Funktion des Mundverbietens erfüllen.

Wichtig ist auch, daß wir nicht auf die hereinfallen, die uns ständig fragen, ob wir auch nicht einseitig sind. Dazu ist festzustellen: Alle Waffen, egal auf welcher Seite, sind abzulehnen. Aber Ansprechpartner unserer Forderungen ist die bundesdeutsche

Regierung und nicht die sowjetische.

Unsere Kritik am NATO-Beschluß vom Dezember 1979 sagt aus, daß die behauptete 'Abschreckungslücke' nicht besteht, daß die angekündigten Waffen strategisch unsinnig sind, es sei denn, sie sollen für den Erstschlag im Abkoppelungskrieg genutzt werden.

Derjenige, der jetzt auf das Spielchen hereinfällt 'SS 20 und Pershing II - beide weg!', akzeptiert die Begründung des NATO-Beschlusses und fällt auf die Mär von der östlichen Überlegenheit herein.

Um es ganz klar zu sagen: Wir wollen nicht, daß 1983 hier in Europa Mittelstreckenraketen aufgestellt werden. Und diejenigen, die das auch so sehen, werden immer mehr."

Martha Buschmann

"Der Krefelder Appell hat Millionen Menschen in Bewegung gebracht. Die Erkenntnis, daß der Atomtod alle bedroht, ist die große Motivation für die Gemeinsamkeit von Menschen unterschiedlicher Berufe und verschiedener Überzeugungen. Die Atombombe fragt nicht nach Glaubensbekenntnis oder politischer Überzeugung. Sie tötet unterschiedslos Christen und Kommunisten, Sozialdemokraten, Grüne und Liberale. Deshalb müssen wir uns, ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen, gemeinsam gegen die Stationierung neuer US-Raketen in unserem Land zur Wehr setzen. Gemeinsam müssen wir verhindern, daß unsere Heimat atomares Pulverfaß, Herd der Aggression und Zielscheibe der Vergeltung wird.

Dafür wirke ich als Mitglied des Weltfriedensrates und der Deutschen Kommunistischen Partei. Dafür werden meine Freunde und Genossen auch weiterhin ehrlich und uneigennützig mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften zusammenwirken.

Die Herrschenden in den USA haben die Welt nicht im unklaren darüber gelassen, wohin ihr Kurs der Hochrüstung führen soll. Sie sind beherrscht von dem Gedanken, ihre Vormachtstellung in der Welt wiederherzustellen. Sie wollen auf Kosten anderer Völker die Krise ihres Systems bewältigen. Sie wollen den gesellschaftlichen Fortschritt aufhalten und zurückdrängen. Das alles wollen sie selbst um den Preis eines Atomkrieges. Deshalb bestehen sie darauf, neue Atomraketen bei uns und in anderen westeuropäischen Staaten zu stationieren. Das ist die Wahrheit. Sie trennt uns nicht, sondern verbindet uns mit dem amerikanischen Volk, das gleich uns in Frieden leben will.

Unser Volk hat auf diesem Kurs nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren. Deshalb ist eine Wende in der Politik unseres Landes von der Hochrüstung zur Abrüstung im wahrsten Sinne des Wortes eine Frage von Sein oder Nichtsein.

Wir brauchen eine Politik, die den Friedensinteressen unseres Volkes Vorrang gibt vor dem abenteuerlichen Kriegskurs der USA.

Deutsche Politik muß dem Grundsatz Rechnung tragen: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Soziale Errungenschaften und demokratische Rechte dürfen nicht auf dem Altar der Hochrüstung geopfert werden.

Europa ist ein kleiner Kontinent, schon heute vollgestopft mit Atomwaffen. Drahtseilakte am Rande des Krieges können und dürfen wir uns nicht leisten. Europa braucht die Entspannung und es braucht Abrüstung. Am allerwenigsten aber braucht es neue Atomraketen. Deshalb ist die Verhinderung ihrer Stationierung die Voraussetzung für alle weiteren Schritte. Diese müssen dazu führen, daß unser Kontinent frei wird von Atomwaffen, daß die Rüstungen reduziert und die Konfrontation der Militärblöcke überwunden wird. Die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa muß von allen Völkern und Staaten gemeinsam gewährleistet werden.

Wir brauchen gute Nachbarn im Osten und müssen gute Nachbarn des Ostens sein. Die Bereitschaft zur Verständigung und Zusammenarbeit auf der Seite der sozialistischen Staaten ist vorhanden. Von dort bedroht uns niemand, weder mit dem Einsatz von Atombomben zu 'Demonstrationszwecken', noch mit einem Nuklearkrieg. Die Sowjetunion will den Frieden. Sie braucht ihn. Sie setzt auf die Zusammenarbeit mit unserem Land, auf friedliche, gute Nachbarschaft.

Dies wird erneut bestätigt, wenn morgen ihr oberster Repräsentant, Leonid Breschnew, nach Bonn kommt. Dieser Besuch bietet große Chancen für unser Land und für den Frieden. Wir sind dafür, daß sie genutzt werden. Wir sind dafür, daß von der Begegnung zwischen Helmut Schmidt und Leonid Breschnew deutliche Schritte ausgehen weg von der atomaren Katastrophe und hin zu Entspannung und Abrüstung. Ein deutliches Signal wäre die Bereitschaft der Bundesregierung, den sowjetischen Vorschlag für einen beiderseitigen Stopp der Raketenstationierung zu unterstützen.

Wir, die Kommunisten dieses Landes, bekräftigen unsere Überzeugung, daß es ein realistisches Ziel ist, die Verwandlung der Bundesrepublik in eine Abschußrampe neuer amerikanischer Atomraketen zu verhindern. Das kann die Friedensbewegung erreichen, wenn sie fest zusammensteht.

Sammeln wir verstärkt Unterschriften unter den Krefelder Appell! Bedrängen wir die verantwortlichen Politiker in Bonn mit dem Willen unseres Volkes so stark, daß der Raketenbeschluß politisch undurchführbar wird!"

E. P. Thompson, Großbritannien

"Wir teilen Eure Forderungen. Wir widersetzen uns unverrückbar der NATO-Modernisierung, den Cruise Missiles und Pershing sowie auch den britischen Polaris- und Trident-Raketen. Das ist auch die Mehrheitsmeinung in der Labour Party, in der liberalen Partei und in den Gewerkschaften, genauso wie der Meinungsdruck in den Hochschulen, unter der Jugend, in den Kirchen. Wir alle befürworten die einseitige nukleare Abrüstung. Niemand - die Russen

nicht, die Amerikaner nicht - hat das Recht, für uns in dieser Sache zu verhandeln.

Mehr als die Hälfte der britischen Bevölkerung wohnt jetzt in Gebieten, deren Kommunalbehörden sich zu atomfreien Zonen erklärt haben, so zum Beispiel die Einwohner der Großstädte Glasgow, Manchester, Birmingham und ganz London. Unsere Devise heißt: Keine Cruise Missiles, keine Pershing, keine Trident, keine SS 20 - Für ein atomwaffenfreies Europa!

Das sogenannte Gleichgewicht der Kräfte interessiert uns nicht. Seit 18 Monaten sagen wir zu beiden Seiten: Stopp, ohne Vorbedingungen vor den Verhandlungen. Keine dieser Waffen machen die Europäer sicherer. Die wirkliche Sicherheit Europas ist in den Händen der Friedensbewegung.

Deshalb darf unserer Meinung nach die Antwort aller unserer Friedensbewegungen auf Präsident Reagans Vorschläge nicht nur negativ sein; diese Vorschläge bedeuten eine Veränderung im Ton, eine Antwort auf uns. Es gibt keinen Vorschlag, die Waffen zurückzunehmen, zu dem die Friedensbewegung nein sagen darf. Wenn wir die Vorschläge als einseitig betrachten, was sie ja auch sind, dann müssen wir sagen: Ja, aber wir wollen viel weiter gehen. Laßt uns die Pershing und atomaren Gefechtsfeldwaffen stoppen und reduzieren, ebenso die Neutronenbombe und die Forward Based Systems, die vorgeschobenen Systeme der NATO also. Wir dürfen nicht zulassen, daß man uns in eine prosowjetische und eine proamerikanische Friedensbewegung aufteilt - wir müssen eine dritte Kraft für den Frieden sein.

Ich möchte Euch unsere Gedanken über die Zukunft, über die Vorhaben unserer Kampagne im kommenden Jahr mitteilen. Auch wenn wir diese Raketen stoppen, werden wir nur halbwegs gesiegt haben. Wir müssen deshalb, während unsere Bewegung noch stark ist, ein noch größeres Ziel anpeilen. Wir müssen etwas Unerhörtes fordern: das Ende des kalten Krieges.

Wie erreicht man das? Es ist nicht durch den Sieg der einen Seite über die andere zu erreichen. Es kann nur durch einen Sieg von Volksbewegungen erreicht werden. Die Friedensbewegung ist blockfrei; sie muß eine Bewegung der Völker sein, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Frauenbewegung, der Intellektuellen, der Schriftsteller und vor allem anderen der Jugend. Wenn das Militär von Europa als von einem möglichen 'Kriegstheater' denkt, müssen wir unseren Kontinent in ein 'Theater des Friedens' verwandeln.

In Deutschland, in den beiden deutschen Staaten, ist dieses Problem am bekanntesten. In den beiden deutschen Staaten schaffen eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames kulturelles Erbe die günstigen Voraussetzungen für die Entspannung auf der Ebene der breiten Masse, und das trotz der staatlichen Strukturen der jeweiligen Seite. Ihr werdet das erste 'Kriegstheater' sein, Ihr müßt das erste 'Friedenstheater' sein!

Wir sehen Euch zu bei Eurer Arbeit; wir werden dadurch ermutigt. Wir unterstützen Euch. Aber es geht hier nicht um eine deutsche Frage - es geht um eine europäische Frage und noch weiter um eine Frage des Weiterbestehens der ganzen Zivilisation. Wir unterstützen Eure Anstrengungen, die beiden Teile Deutschlands zu entmilitarisieren, eine Zone des Friedens zu erschaffen, kern-

waffenfrei und weiter gesichert durch den Abzug der konventionellen Kräfte hier in Mitteleuropa.

Aber der kalte Krieg wird nicht durch den Rücktritt gewisser Nationen in die Neutralität beendet. Aus der gemeinsamen Drohung des nuklearen Kriegs ist ein gemeinsamer Widerstand erstanden, ein neuer Internationalismus. Das ist das Wertvollste, was wir haben. Nur diese internationalistische Kraft kann den kalten Krieg zu Ende bringen.

Im kommenden Jahr müssen wir unsere Zusammenarbeit und unsere Konsultationen verstärken, und wir müssen sie nach Osten ausdehnen. Wir sichern Euch unsere Unterstützung aus Großbritannien zu. Möge unseren gemeinsamen Kampagnen der Erfolg beschieden sein."

Willi Piecyk

"Unser gemeinsames Ziel bleibt die Verhinderung des verhängnisvollen NATO-Aufrüstungsbeschlusses vom 12.12.1979.

Und da werden wir uns auch nicht durch schillernde Seifenblasenaktionen des US-Präsidenten Reagan irre machen lassen, der die Stirn hat, seine unseriösen Vorschläge der Weltöffentlichkeit als 'Null-Option' anzudienen.

Wer vor Verhandlungsbeginn der anderen Seite unannehmbare Vorschläge unterbreitet, nämlich den Abbau aller SS 20 und SS 4 und SS 5, und nicht bereit ist, die eigenen Verhandlungspotentiale an atomaren Mittelstreckensystemen, wie die FBS in vollem Umfang mit einzubeziehen, der handelt unseriös, und erfüllt gegenüber der Öffentlichkeit den Tatbestand der arglistigen Täuschung.

Es ist das traurige Verdienst Reagans, den von einigen bisher ehrlich gemeinten Begriff 'Null-Option'endgültig zur Farce verkommen haben zu lassen.

Keine Farce war das Erscheinen eines sowjetischen U-Bootes in den Schären von Schweden, dies war auch kein Fotokursus der Volkshochschule Moskaus, sondern dies war die Verletzung internationalen Rechts und die Verletzung der Souveränität schwedischer Gewässer - eines neutralen Landes.

Dies zeigt, daß die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn Recht hatte mit ihrer Forderung nach Abrüstung in Ost und West. Wir bleiben dabei, die sowjetischen Raketen, auf Europa gerichtet, sind eine Bedrohung für uns - und niemand hindert die UdSSR bei der SS 20 mit einem einseitigen Moratorium zu beginnen.

Gerade weil auch wir Abrüstung von den Sowjets verlangen und mit ihnen die Entspannungspolitik fortsetzen wollen, ist es gut und richtig, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew die Bundesrepublik besucht. Dabei habe ich kein Verständnis dafür, wie das offizielle Bonn versucht, aus Liebesdienerei vor den USA den Stellenwert dieses Besuches systematisch

herunterzuspielen.

Wenn dieser Besuch in den USA nicht gefällt, ist das nicht unser Problem. Wenn man dort niest, brauchen wir noch lange keinen Schnupfen zu haben. Umgekehrt denke ich heißt das, daß wir es nicht bei notwendigen Appellen an die Regierung belassen dürfen, sondern für unsere Forderungen

- nach Aufkündigung des NATO-Beschlusses,
- für ein atomwaffenfreies Europa
- und für ein von fremden Truppen freies Europa,
- für Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter,
- für die Verhinderung von Frauen in der Bundeswehr
- und für die Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik und anderswo

weiter arbeiten müssen, bis sie am Ende eingelöst sind."

<u>Klaus Mannhardt</u>

"Seitdem am 10. Oktober in Bonn 300.000 Bürger unseres Landes ihren Widerstand gegen die atomare Bedrohung unübersehbar gemacht haben, wird von den verantwortlichen Politikern der Bonner Parteien viel vom Dialog mit der Friedensbewegung gesprochen. Doch diese lautstark verkündtete Dialogbereitschaft bleibt unglaubwürdig, solange Politiker derselben Parteien Menschen, die in dieser Friedensbewegung aktiv sind, verleumden, beschimpfen und diffamieren.

Seitdem über 2 Millionen Menschen in unserem Land durch die Unterzeichnung des Krefelder Appells ihr eindeutiges Nein zu den NATO-Atomraketenplänen bekundet haben, wird von denselben Politikern ebensoviel davon geredet, daß man die Sorgen der Menschen über das Wettrüsten ernst nehme. Doch diese Bekundungen werden zur puren Heuchelei, solange gleichzeitig Berufsverbote mit dem Hinweis auf Aktivitäten in der Friedensbewegung erfolgen. Für uns sind Politiker unglaubwürdig, die von 'Dialogbereitschaft' reden und gleichzeitig zulassen, daß zum Beispiel der DFG-VK-Vorsitzende von Bayern, Heinrich Häberlein, mit der Begründung, er habe den Krefelder Appell unterschrieben, Berufsverbot erhält.

Wer wirklich einen Dialog mit den Gruppen und Organisationen der Friedensbewegung führen will, wer die Sorgen der Menschen vor den atomaren Gefahren wirklich ernst nimmt, der darf diese Gruppen und Menschen nicht gleichzeitig diffamieren und diskriminieren.

In den Fragen der Friedenssicherung geht es heute zudem bereits um mehr als nur darum, den Dialog zu führen - so gut und so wichtig dieser auch ist. In der Sache 'Stationierung der neuen US-Atomraketen', in der Sache 'Atomwaffen in Europa' geht es heute um eine Änderung der Politik. Die Bundesregierung muß ihre Haltung in dieser Frage ändern, ihre Politik der uneingeschränkten Zustimmung zu den US-Raketenplänen aufgeben.

Die bisherige Haltung der Verantwortlichen jedoch macht uns

deutlich, daß dies nicht freiwillig erfolgen wird. Wir müssen diese Veränderung erzwingen, die Durchführung des NATO-Beschlusses politisch unmöglich machen. Darum gilt es - so meinen wir von der DFG-VK -, gleich welcher Weltanschauung, gleich welcher Auffassung wir in anderen politischen Fragen auch sind, den gemeinsamen Widerstand gegen die Atomraketen fortzusetzen und noch zu verstärken.

Entwickeln wir gemeinsam den Mut, die Phantasie und den langen Atem dazu, wie wir es im Aufruf zum 10. Oktober bekundet haben!

Verpflichten wir uns selber, wo immer wir Gelegenheit dazu haben, die Frage der Atomwaffen zur Diskussion zu stellen! Bitten wir diejenigen, mit denen wir sprechen, dies ebenso zu tun!

Verweigern wir uns einer Politik der Militarisierung:

- als Wehrpflichtige durch die Verweigerung des Kriegsdienstes;
- als Frauen durch die Verweigerung jeder militärischen Dienstverpflichtung;
- als Ärzte durch die Weigerung, sich für eine unmenschliche Militärmedizin bereitzuhalten; verweigern wir uns,
- als Reservisten und Soldaten für Atomkriegsplanungen bereitzustehen;
- als Lehrer, Wehrkunde zu unterrichten und als Arbeiter, für die Rüstung zu produzieren!

Setzen wir die Frage der Atomwaffen, die Frage der Abrüstung auf die Tagesordnung in den Parlamenten unserer Gemeinden! Auch dort müssen sich die Politiker entscheiden: für Lebensqualität oder Sozialabbau, weil das Geld für eine sinnlose Rüstung verpulvert wird.

Verlangen wir Rechenschaft von den Bundestagsabgeordneten darüber, was sie getan haben und tun werden, um die atomaren Gefahren abzuwenden!Nicht erst bei den nächsten Wahlen, sondern jetzt, morgen und übermorgen in öffentlichen Versammlungen oder bei Besuchen, die wir ihnen - ob sie es wollen oder nicht - machen werden.

Organisieren wir gemeinsam mit den Bewohnern der Orte, in denen die neuen US-Atomraketen stationiert werden sollen, und dort, wo die Atomwaffen heute bereits lagern, den direkten, gewaltfreien Widerstand! Von Burgholshausen über Arsbeck bis Ramstein: Statt tödlicher Abschußrampen werden wir lebensbejahende Friedenshäuser und Friedensdörfer errichten.

Sammeln wir weiter Unterschriften für den Krefelder Appell! Machen wir unser Land atomwaffenfrei: Straße für Straße, Stadtteil für Stadtteil, Ort für Ort, Region für Region, von der Nordsee bis zu den Alpen! Fordern wir jede Frau und jeden Mann auf, mit uns zu bekunden: Wir wollen nicht weiter mit der Gefahr des atomaren Infernos leben! Keine Stationierung neuer US-Atomraketen in unserem Land! Europa atomwaffenfrei!"

Werner Stürmann

"Vor genau 5 Monaten haben wir in dieser Halle während der Friedensnacht auf dem Festival der Jugend erklärt: 'Der Frieden ist unsere Sache! Nicht von 'oben' kommt der Frieden. Er wird nur sicher, wenn wir ihn in die eigenen Hände nehmen. Denn wir wollen uns nach den leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit niemals von nachfolgenden Generationen fragen lassen: Habt Ihr von all dem nichts gewußt? Habt Ihr Eure Stimme nicht erhoben? Habt Ihr nichts getan? Nein - wir tun etwas! Wir erheben unsere Stimme! Und wir wissen dabei: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!'

Ja, wir haben uns erhoben: 300.000 in Bonn, Aktionen im ganzen Land, Friedenstauben- und -lieder, Friedenswochen- und -foren.

Es gibt eine Explosion des Friedenswillens, der Friedenssehnsucht. Uns schiebt so schnell keiner mehr zur Seite!

Und doch wissen wir: Entscheidungen für unsere Forderungen, für den Frieden sind noch nicht gefallen. Deswegen gilt es heute, wie vor einem Jahr, als der Krefelder Appell seinen Anfang nahm, die Einsicht zu verbreiten: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Und: Wer sich heute nicht wehrt, lebt morgen vielleicht gar nicht mehr! Wir sind um des Lebens und Überlebens willen zum Erfolg unserer geeinten Anstrengungen verpflichtet. Dafür hat sich als Grundlage der Krefelder Appell bewährt. An der Stellung zu ihm scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden.

Er zeigt, wo Friedenswille mit Friedensfähigkeit zusammenfallen. Damit stellen wir uns den Politikern entgegen, bei denen Frieden zur leeren Worthülse verkommen ist, zur Bereicherung von Sonntagsreden, denen am Montag die Erhöhung des Rüstungsetats, die Ergebenheitserklärung nach Washington folgt.

Sie haben wenig begriffen, wenig erfaßt, was uns, was Jugendliche bewegt. Helmut Schmidt sagt:

'Man kann den Frieden nicht durch Emotionen stabilisieren... Was man zur Stabilisierung des Friedens braucht, ist Vernunft...' (aus einem 'Times'-Interview)

Jawohl, wir sind nicht ohne Emotionen, wenn es um Krieg oder Frieden, Leben oder Tod, wenn es um die katastrophalen Folgen der Hochrüstung geht. Wir, die Friedensbewegung, sind auch stark, weil wir ausdrücken, was uns bewegt: Angst und Hoffnung zugleich. Und wir sind auch eine vernünftige Bewegung. Weil wir ganz nüchtern wissen, um was es heute geht und wie der Atomtod verhindert werden kann. Und diese Vernunft läßt uns auch durchschauen, was es mit der zur Friedensinitiative hochgejubelten Rede Reagans auf sich hat: Sie soll verwirren, sie soll ablenken, sie soll unter demagogischer Anwendung des Begriffs 'Null-Option' das nicht im geringsten veränderte Ziel der Reagan-Administration durchsetzen: und das heißt militärische Überlegenheit. Das schließt die Vernichtung unseres Landes und Europas ein. Das soll eine Friedensinitiative sein? Nein! Auch nach dieser Rede gibt es über die Politik der US-Führung keine Zweifel. Die Veränderung der Propaganda ist keine Veränderung der Politik.

Sie nennen es selber die 'Politik der konstruktiven Zweideutigkeiten'. Eben deswegen sind die Aussagen eines Reagan, Haig oder Weinberger nicht vergessen.

Sie erschrecken und erscheinen zugleich vielen 'als übertrieben', als irrational, weil so viel Unmenschlichkeit die menschliche Vorstellungskraft fast übersteigt. Doch: dahinter steckt System, genauer: dahinter steckt ihr System, das nur einen Maßstab kennt: den Profit! Und für den gehen sie notfalls über Leichen. Nehmen wir es so, wie es gemeint ist. Nehmen wir die geschichtlichen Erfahrungen auf und lernen aus der Zeit vor dem 1. und 2. Weltkrieg, vor der Remilitarisierung, aus der Zeit des Ostermarsches.

Hat man nicht immer wieder vor Übertreibungen gewarnt? Wurden nicht immer wieder Warnungen in den Wind geschlagen? Wir heute haben die Chance, daraus zu lernen. Wir haben die Pflicht, ernst zu nehmen, was bitter ernst gemeint ist. Wer so wie die Herren des Pentagon redet, wer sagt, daß es wichtigeres als den Frieden gebe, der handelt auch so: Im Nahen Osten, gegen Angola, in El Salvador und jetzt mit ihren anmaßenden Drohungen gegen das befreite Nicaragua und gegen die Insel der Freiheit, gegen Kuba. Und gegen uns. Gegen diese Kriegsdrohungen wenden wir uns.

Wir fordern: Hände weg von Nicaragua! Hände weg von Kuba! Kuba si - Yankee no! Stoppt die US-Raketen!

Ich war vor wenigen Wochen Tausende Kilometer von hier, an der Baikal-Amur-Magistrale, der BAM, in der Sowjetunion. Dort setzen Jugendliche ihre Kraft und ihre Phantasie für den Frieden ein, für ein Bauwerk, mit dem praktisch ein ganzer Kontinent neu erschlossen wird. Dort habe ich immer wieder einen Wunsch und eine Forderung erlebt: Mir! Das heißt: Frieden! Er kam aus dem Mund der BAM-Erbauer, und er stand an den gerade errichteten Häusern! Und die gleiche Forderung zeigt sich in den Worten und Handlungen der sowjetischen Regierung. Sie zeigt sich in den sowjetischen Friedensvorschlägen, die Leonid Breschnew bei seinem Besuch erläutern wird. Ich frage: Wie sollte das auch anders sein bei einem Volk, das durch den 2. Weltkrieg 20 Millionen Tote zu beklagen hatte? Das ist doch eine der entscheidenden Lehren aus der Fernsehserie 'Der unvergessene Krieg'.

Wir sagen deswegen: Nie mehr Krieg! Nie wieder Faschismus! Wir wollen Verständigung und Abrüstung! Wir wollen keine neuen Atomraketen! Das ist unser gemeinsamer Wille über alle unterschiedlichen Positionen hinweg! Ihn wollen wir durchsetzen.

Konfrontieren wir die Politiker mit diesem Willen! Sammeln wir Unterschriften unter den Krefelder Appell!

Mobilisieren wir unsere Kollegen und Freunde, besonders in den Betrieben!

Treten wir den Kriegsvorbereitungen entgegen - überall und natürlich auch in den geplanten Stationierungsorten der Raketen, z. B. Ostern 82!

Es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft der Jugend besonders. Es geht um eine friedliche Zukunft. Um die müssen wir kämpfen. Zwischen Leben und Tod gibt es keinen Kompromiß. Deswegen laßt uns mit dem Krefelder Appell gemeinsam alle Kräfte entfalten! Wir wollen leben! Wir wollen Frieden! Wir wollen in Frieden leben!"

Dieter Begemann

"Wir alle leisten unseren Beitrag zur Herstellung und Bewahrung der Demokratie in unserem Land, wenn wir die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles verhindern. Wenn wir nachweisen, daß die Zahlenangaben über das militärische Kräfteverhältnis in Broschüren der Bundesregierung falsch, irreführend und unvollständig sind. Daß in amerikanischen Propaganda-Bilderbüchern über die sowjetische Bedrohung getürkt wird. Und wenn wir die 'Nulllösung' des amerikanischen Präsidenten, die uns nach der Devise 'There is no business, like show-business' als Live-Show serviert wird, als das denunzieren, was sie ist: Als Eintausend zu Nulllösung! Wir lassen unser Streben nach Abrüstung in Ost und West nicht mißbrauchen für eine Lösung, die auf westlicher Seite 1000 Atomsprengköpfe im Mittelstreckenbereich vorsieht und auf östlicher Seite keine. Für eine amerikanische Überlegenheit kann uns keiner einspannen. Wir wollen Null überall.

Wir kämpfen dafür, daß die menschenverachtenden Gedankenspiele der NATO-Strategen nicht Wirklichkeit werden. Dafür, die Menschheit weder durch den atomaren 'Warnschuß' Alexander Haigs, noch durch den 'begrenzten Atomkrieg' Ronald Reagans auf den Stand der Höhlenmenschen zurückgebombt wird. Wir haben gute Chancen,diesen Kampf um unser nacktes Leben zu gewinnen.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß mit dem Kampf gegen den endgültigen Rückschritt noch lange nicht der Kampf gegen den augenblicklichen gesellschaftlichen Rückschritt gewonnen ist. Und der ist mit dem Kampf gegen Aufrüstung untrennbar verbunden.

Der Bundeskanzler hat vor wenigen Wochen im Bundestag darauf hingewiesen, daß die Menschen in unserem Land in den Jahren 1981/82 den Lebensstandard von 1978 haben werden. Und er fragte nicht ohne Stolz: 'Ja, ist das denn nichts?' - Ich denke, wir alle können ihm seine Frage klar beantworten: Das ist jedenfalls nichts, worauf eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung stolz sein dürfte! Denn der Kanzler erwähnte nicht, daß das Wettrüsten, an dem unser Land nicht unmaßgeblich beteiligt ist, die augenblickliche Wirtschaftskrise mitverursacht hat und sie weiter verschärft. Daß mit der sogenannten Operation '82 nicht nur einseitig die Krisenlasten auf die 'kleinen Leute' abgeladen werden, sondern auch eine Umverteilung vom sozialen in den militärischen Bereich vorgenommen wird.

Dies ist die politische Richtung, die Wirtschaftsminister Lambsdorff als 'grundsätzliche Wende in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik' beschrieben hat und es fällt schwer, nicht zu glauben, was Genscher sagt: Wir befinden uns mitten drin.

Kürzungen bei der Gesundheitsversorgung, im Bereich der Arbeitslosenversicherung, bei Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungs- und Umschulungsbeihilfen. Nicht nur um Steuervergünstigungen für Unternehmen zu schaffen, sondern auch um eine 4,2 prozentige Steigerung des Verteidigungshaushalts zu erreichen. Aber selbst das ist nur die halbe Wahrheit, denn auch dort werden Sozial- und Personalausgaben gekürzt. Dagegen steigen die Ausgaben für militärische Beschaffungen um 7,9 Prozent, die für militärische Anlagen um 19 Prozent und dabei sind zum ersten Mal, wenn auch

vergleichsweise gering, die Kosten für die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles.

Es ist ermutigend, daß sich die Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau wehren. Wünschenswert wäre es aber auch, daß sie die Gewerkschaftsmitglieder in Bundestag und Bundesregierung einmal an das Grundsatzprogramm des DGB erinnern. Dort heißt es in der Präambel: 'Die Bereitstellung von Mitteln für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden.'

Rüstung, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit sind der Nährboden der Reaktion. Sie schaffen das Klima, in dem der Besitzstand derjenigen, die die Werte schaffen, der arbeitenden Menschen, abgebaut wird. In dem Angst vor Arbeitsplatzverlust in den Betrieben umgeht. Aber auch das Klima,in dem Verfassungsschutz und MAD Mitglieder der Friedensbewegung bespitzeln und verleumden. Und nicht zuletzt das Klima, in dem Friedensforscher und Bundestagsabgeordnete von Parteiordnungsverfahren bedroht sind.

Zweimal in ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte ließ die SPD, um Schlimmeres zu verhindern, eine Politik zu, deren absehbare Folgen militärische Destabilisierung und Konfrontation waren. Beide Male waren die Ergebnisse verheerender und grauenvoller, als jene, die verhindert werden sollten. Ein Scheitern der Vernunft könnte nun zu Folgen führen, die sich jeder menschlichen Vorstellung entziehen. Dieses Inferno zu verhindern ist unsere allererste Aufgabe, die auch in der SPD nicht aus taktischen Gründen auf 1983 verschoben werden sollte. 'Der Abgrund zur Hölle', sagte Egon Bahr, 'ist mit guter Taktik gepflastert.'

Wir haben aber auch das Recht und die Pflicht,eine andere Politik als die der gesetzgeberischen Allparteien-Koalition bei dieser Regierung einzuklagen. Diese Regierung wurde im vergangenen Jahr nicht dafür gewählt, daß sie uns um den Preis steigender Rüstungsausgaben eine Zukunft verheißt, in der wir von Jahr zu Jahr darauf stolz sind, daß es uns nicht schlechter geht, als einige Jahre zuvor.

Wir haben den Ideologen der Reaktion, die das Motto 'Frieden in Freiheit' auf den Lippen führen, aber Aufrüstung, Sozialabbau und Konfrontation nach innen und außen meinen, etwas entgegenzusetzen. Und das heißt: Entspannung, Verhandlungen, Abrüstung, konsequente Reformpolitik, friedlicher Wettbewerb der Systeme, Schaffung einer europäischen Friedensordnung, die auf Abrüstung beruht und nicht auf gegenseitiger Abschreckung. Kurz: Eine wirkliche Friedenspolitik!

In diesem Sinne arbeiten tausende Sozialdemokraten in der Friedensbewegung, haben den Krefelder Appell unterschrieben und arbeiten innerhalb der SPD mit dem Bielefelder Appell, der bisher die Unterschriften von 28.000 Sozialdemokraten trägt. Jeder an seinem Platz und dieser Platz ist ohne Abgrenzungsneurosen und über alle ideologischen Grenzen hinweg da, wo Menschen im Sinne unseres gemeinsamen Ziels zusammenkommen. Erst recht ist er aber bei denen, die unserem Ziel noch zweifelnd gegenüberstehen.

Jeder einzelne von uns trägt eine große Verantwortung. Aber: Gemeinsam sind wir stark!"

Prof. Dr. Erich Huster

"Ich habe hier ein Buch in den Händen mit dem Titel: 'Die zornigen alten Männer'. Es ist 1979 bei Rowohlt erschienen, und es handelt von dem Zorn der heute älteren und alten Männer, die damals, nach dem zweiten Weltkrieg sich eine bessere Verfassung der Deutschen vorgestellt hatten als sie vorher bestand, und die auch daran glaubten, man müsse sie verwirklichen, und man könne dies auch. Ich hatte geglaubt, wenigstens eine größere Anzahl dieser alten Männer würde ich hier treffen und könne mich mit ihrem Zorn vereinigen. Denn: Zornig sind sie, zornig bin ich, darüber, was aus unserer Verfassung, dem Grundgesetz der BRD inzwischen geworden ist. Was ist übrig geblieben von der in eben diesem Gesetz garantierten Meinungsfreiheit, vom Demonstrationsrecht? Immer mehr davon schwindet dahin. Wer wollte das noch bestreiten? Im Gegenteil: In einem großen Teil unserer Gazetten lesen wir, daß wir davon noch viel zu viel besitzen.

Also ist es höchste Zeit zum Protest! Und was wir brauchen, ist der Zorn der Jungen! Der Zorn der jungen Frauen und Männer! Und der hat sich jetzt unübersehbar geregt. In ungezählten Einzelappellen, und jetzt, geballt, im Krefelder Appell! Wir wissen alle, wie schwer es dem Einzelnen bei uns fällt, seinen Namen (mit Adresse) unter einen Aufruf zu setzen. Darum ist es ein gewaltiger Erfolg, wenn jetzt bereits mehr als 2,1 Millionen unterschrieben haben.

Die Gründe für diese Unterschriften freilich sind schwerwiegend. Unsere 'amerikanischen Freunde', wie sie von einem Teil unserer Politiker immer noch genannt werden, möchten nämlich bei uns, beileibe nicht bei sich zu Hause, Raketen und Marschflugkörper aufstellen, die die Sowjetunion in sechs bis sieben Minuten bis zum Ural in eine tote Trümmerstätte verwandeln können. Das ist schon an sich grauenhaft. Das politisch Schlimmste aber daran ist: Ob auf den Knopf gedrückt wird oder nicht, darüber steht uns, die dabei verbraten, verkohlt, vergast werden, nicht die geringste Entscheidungsmöglichkeit offen! Wir sind zwar, wie man uns erzählt, Verbündete unserer amerikanischen Freunde. In Wirklichkeit sind wir Vasallen. Wir haben, über 35 Jahre nach Kriegsende, noch keinen Friedensvertrag. Wir sind besetztes Gebiet, auf dem unsere Verbündeten Waffen aufstellen und in Gang setzen können, wie es ihnen paßt.

Haben die USA irgendwo in der Welt, in Asien, Afrika, weiß der Himmel wo, Streit mit der Sowjetunion, so können sie, ohne uns zu fragen, bei uns auf den Knopf drücken. Die Antwort aus dem Osten wäre klar. Sie wäre notwendig! Wir hätten diesen Streit, der uns gar nichts anginge, mit unserer Existenz zu bezahlen, Frau für Frau, Kind für Kind, Mann für Mann. Wir würden aufhören, zu existieren. Und das für ausschließlich US-Interessen. Oder: Was die da drüben sich so darunter vorstellen. Denn: Daß anschließend auch die USA nicht mehr existieren würden, ist klar.

Ich bin seit über 30 Jahren experimenteller Kernphysiker. Deshalb glaube ich, beruflich einiges von Kernwaffen, Kernreaktoren und davon zu wissen, wie Kernwaffen auf Kernreaktoren wirken. Seit Jahren kann man in einer Studie des Institutes für Reaktorsicherheit in Köln lesen, was so alles mit einem Reaktor passieren kann. Fällt aus irgendeinem Grunde die Wasserkühlung aus, so schmilzt nach kurzer Zeit der Reaktorkern (3000°),

frißt sich ins Grundwasser, es gibt eine riesige Dampfexplosion, und der größte Teil des radioaktiven Materials fliegt in die Luft. Folgen in der BRD: In wenigen Tagen stirbt die Hälfte der Bevölkerung, 30 - 31 Millionen, unter großen Qualen. Beim Rest dauert es etwas länger.

Nun: damals hat man das alles als 'theoretisches Gerede' bezeichnet. Das traf zwar nicht zu. Aber jetzt sind wir bei der Praxis. Eine einzige Neutronenbombe würde für diesen Effekt genügen. In unseren Blättern liest man: Diese Bombe tötet nur Leben (das ist ja nicht schlimm), Material läßt sie stehen. Folglich: Bei einem sowjetischen Panzerangriff schießt man mit der Neutronen-Bombe. Die toten Insassen räumt man raus, dreht um und fährt gen Osten. Wie einst im Mai.

Man stelle sich vor: Eine einzige Neutronenbombe auf ein Kernkraftwerk. Die Mannschaft ist tot oder krank. (Nicht alle.) Aber die Bedienung fällt aus. Knapp eine Stunde später funktioniert nichts mehr. Ohne sehr sorgfältige Bedienung läuft dann kein Kernkraftwerk mehr. Es bleibt auch nicht einfach stehen. Oh nein! Das sage ich als Fachmann! Dann schmilzt, wie gesagt, der Reaktorkern mit 3000°. Dem ist kein Stahl, kein Beton gewachsen. Das geht direkt ins Grundwasser. Und das ist das Ende der Bundesrepublik."

Christoph Strässer

"Als Liberaler kämpfe ich gegen die 'Nach'rüstung, als Liberaler unterstütze ich den Krefelder Appell, weil ich in ihm die große Chance sehe, das verhängnisvolle Wettrüsten zu beenden, das langfristige Überleben in einer Welt frei vom Schrecken, frei von der Angst des atomaren Untergangs zu sichern.

Ich bin stolz darauf, Angehöriger einer Bewegung zu sein, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt. Wir alle sollten froh darüber sein, daß es endlich, nachdem in diesem Jahrhundert zwei schreckliche Kriege von diesem deutschen Boden ausgegangen sind, ein anderes Bild von diesem Deutschland gibt. Nicht das des Säbelrasselns, nicht das der Aggressivität gegen unsere Nachbarn.

Die Menschen in den Ländern um uns herum nehmen es mit Erstaunen und auch mit Erleichterung zur Kenntnis: Es ist der Frieden, und zwar der Frieden ohne Waffen, der uns umtreibt. Und das ist gut so.

Diejenigen, die dies nicht wahrhaben wollen, sitzen - und hier bleibt für die Friedensbewegung noch viel zu tun -, die sitzen in erster Linie hier in unserem eigenen Land. Es sind dies - wen wundert's? - die Nachfahren des Herrn Adenauer, die diese Republik wieder aufgerüstet haben, die sie in diesen verhängnisvollen Rüstungswettlauf getrieben haben, der unser Leben heute bedroht.

Aber es sind auch diejenigen in Bonn, die uns heute regieren,

die uns heute immer noch weismachen wollen, daß unser Land, dieses größte Pulverfaß der Erde, nur mit noch mehr Waffen in Frieden und Sicherheit leben könnte.

Wir als Bestandteil der Friedensbewegung, wir müssen auch diesen Herrschaften ganz klar machen: Ihr seid gewählt worden, weil Ihr Euch als die Alternative dargestellt habt zu dem großen Schwarzen aus Bayern. Aber seid gewiß: Eine solche Konstellation wird es nicht mehr geben! Diese sozialliberale Koalition, für deren Politik ich nicht nur einmal gekämpft habe, macht sich unglaubwürdig, ja, sie macht sich überflüssig, wenn sie weiter in einer unverständlichen Politik des Amerikanismus unsere eigenen Überlebensinteressen hintanstellt und mit der Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen die fürchterlichen Denkspiele in Bezug auf Regionalisierung und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges noch fördert.

Und auch der FDP-Vorsitzende und Außenminister soll es noch einmal wissen: Auch in seiner Partei kämpfen nicht wenige gegen diese von ihm mitinitiierte, von uns als gefährlich erkannte Politik. Er kann sich nicht hinstellen und sagen: Diese Partei steht wie ein Mann hinter mir.

Nein, wir kämpfen bis zur letzten Konsequenz gegen diese Entscheidung. Wir wollen die Fortführung der traditionellen liberalen Sicherheitspolitik, die es schon in den fünfziger Jahren ablehnte, Atomwaffen auf deutschem Boden zu stationieren.

Wir sagen: Nein, Herr Genscher! - zu dieser von Ihnen mitzuverantwortenden Politik. Wir sind es leid, in einer Welt des Schreckens und der Angst zu leben. Ändern Sie Ihre Politik! Sonst werden wir, diese Friedensbewegung, nachhaltig die Umstände in diesem Land ändern, werden wir Parteien und Politiker, die uns diese Waffen verschaffen wollen, entbehrlich machen!

Ich will noch auf einen Aspekt eingehen, der in der gegenwärtigen Friedensdebatte eine wichtige Rolle spielt. Es ist der Vorwurf der Einseitigkeit, der Naivität, der Blauäugigkeit. Wir müssen und wollen mit diesem Vorwurf leben, denn wir können es doch jedem beweisen: Wir müssen in dieser Frage einseitig bleiben. Wir dürfen nicht alles in einen Topf werfen und gleichgewichtige Maßnahmen fordern, wenn e i n e Maßnahme, nämlich die sogenannte Nachrüstung, ein einseitiger erster Aufrüstungsschritt, eine neue Eskalation darstellt.

Wir sind naiv, sagt man, Wir merken nicht, daß wir den Kremlherren aufsitzen, wird gesagt. Dem muß man an dieser Stelle ein für allemal entgegenhalten: Wir lassen es uns nicht länger bieten, daß - wie in den 32 Jahren des Bestehens dieser Republik - mit billigem, profitablem und polemischem Antikommunismus Politik betrieben werden soll. Uns reicht es, daß in unseren Medien tagtäglich auf der einen Seite Unterdrückungsmechanismen in sozialistischen Staaten angeprangert werden, während in den gleichen Ver-'Bild'ungsorganen das Berufsverbot für einen kommunistischen Oberpostsekretär laut beklatscht wird.

Die Stärke der Friedensbewegung liegt doch gerade darin, daß wir in einer nie gesehenen politischen Breite dieses eine Ziel haben. Wir lassen uns von außen hier nicht hineinreden. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. Zu oft schon ist mit diesem

Argument politische Bewegung erstickt worden.

Und zu dem Vorwurf der Naivität will ich mich auch nur kurz äußern: Mir bereitet es unendlich viel Spaß, mit soviel Naiven zusammenzuarbeiten, die das richtige politische Ziel haben, Mir sind zwei Millionen naive Friedenskämpfer lieber als eine Handvoll eiskalter professioneller Rüstungslobbyisten, die uns seit Jahrzehnten immer tiefer in den Waffenwahnsinn stürzen.

Wir sind auf dem richtigen Weg, aber wir stehen erst am Anfang. Es gibt noch viele einflußreiche Widerstände aus dem Weg zu räumen.

Und: Wir stehen nicht allein.Hunderttausende demonstrieren heute in Amsterdam, morgen anderswo.

Das Gespenst des Friedens geht um in Europa. Wir dürfen beginnen zu träumen. Von einer Welt ohne Rüstung, ohne Waffen. Wir brauchen den Mut zum Träumen, weil wir die Kraft haben müssen zu kämpfen.

Gemeinsam werden wir's schaffen!"

<u>Günther Lohre</u>

"Als Sportler wissen wir, daß Sport, daß nationale und vor allem internationale Sportbewegungen ohne Frieden, Verständigung und Entspannung undenkbar sind. Diese Erfahrung bringen wir Jahr für Jahr von internationalen Wettkämpfen mit. Diese Erfahrung haben viele von uns am eigenen Leib mit dem Olympiaboykott machen müssen.

Sport - das ist für uns Begegnung und Verständigung, auch über Ländergrenzen und unterschiedliche Meinungen hinweg. Sport - das ist für uns Ausdruck der Freude am Leben, des Kennenlernens, des Schließens neuer Freundschaften, Sport - das ist auch Ausdruck von Solidarität und gemeinsamen Handelns. Sport - das ist eine große Chance, sich und seine eigenen Möglichkeiten besser kennenzulernen und das Leben zu verlängern, indem man sich gesund und fit hält.

Nach einem Atomkrieg aber wird kein Mensch mehr Sport treiben können. Denn es wird kein Leben, keine Menschen mehr auf dieser Erde geben. Darum schließen sich Sport und Massenvernichtungswaffen aus. Darum haben viele bekannte und unbekannte, aktive und ehemalige, Freizeit-, Breiten- und Spitzensportler, Sportfunktionäre und Sportwissenschaftler der Initiative 'Sportler gegen Atomraketen' und damit den Forderungen des Krefelder Appells ihre Unterstützung gegeben. Darum rufen wir heute als Sportler auf: Laßt uns lieber gemeinsam auf dem Sportfeld fair und kameradschaftlich gegeneinander antreten, damit wir niemals gemeinsam auf dem atomaren Schlachtfeld miteinander sterben müssen.

Auf dem Olympischen Kongreß in Baden-Baden sprach unser NOK-Präsident Willi Daume von der 'gegenwärtig so eindringlich spürbaren Friedenssehnsucht der Menschen', der die olympische Bewegung entsprechen solle. Und er sagte: 'Wir müssen an dieser

Stelle über unseren Horizont hinausdenken, eben an jene Dritte Welt, die mit jeder neuen Rakete, mit jedem Drehen an der Rüstungsschraube gehemmt wird.' Was für Olympia Geltung hat, das muß um so mehr für den Sport überhaupt, für die Zeit zwischen den Spielen von Bedeutung sein.

Was die Dritte Welt trifft, hinterläßt auch bei uns seine Spuren. 'Für den Preis eines Tornados könnte der Deutsche Schwimmverband 35 Jahre lang Hochleistungssport betreiben.' Dieser Ausspruch eines Sportfunktionärs zeigt eindringlich, um welche Größenordnung es heute geht. Die Sportetats des Bundes, der Länder und Gemeinden werden in einem immer bedrohlicher werdenden Maße gekürzt. Mit ihnen wird der Breiten- ebenso wie der Leistungssport - und damit ein Stück Lebensqualität für alle Menschen - beschnitten.

Das sind einige der Gründe, die uns als Sportler zusammengeführt haben, um für den Frieden, für Abrüstung und Entspannung in der heutigen Zeit einzutreten."

SCHLUSSWORT

Prof. Dr. Helmut Ridder

"Viele Redner haben ausgeführt, warum sie unseren Appell unterstützen. Über zwei Millionen ihres Verstandes mächtige und bewußt politisch handelnde Bürger dieses Landes stehen mit ihrer Unterschrift hinter unserer Forderung, der die Bundesregierung nichts als die stereotype Wiederholung leerer Formeln und unhaltbarer Tatsachenbehauptungen entgegenzusetzen weiß und die sie mit unlauteren Mitteln bekämpft.

Neuerdings glaubt sie, einen bequemen Weg gefunden zu haben, indem sie auf die demnächst beginnenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen verweist. Dem alten Seifenlied fügt sie im atlantischen Kammerton eine neue Strophe über eine sogenannte Nullösung an, die in nichts anderem bestünde als in der Exekutierung des Brüsseler Beschlusses von 1979 - eben in der Weise, daß nur die andere Seite abrüstet. Sie weiß mindestens genauso gut wie wir, daß die sowjetische Seite kaum dafür zu gewinnen sein kann, das auch noch durch ihre eigene Unterschrift zu unterstützen. Und jetzt die 'Nulloption' als historische Mondrakete? Erreicht uns nicht, Mr. Reagan, denn wir sind nicht hinterm Mond!

Die Bundesregierung setzt auf Zeit und auf die kurzsichtige Zermürbungstaktik der nuklearen Knüppelgarde menschenverachtender Denkzwerge jenseits des Atlantiks und ihrer Stiefellecker diesseits, die - ich zitiere den heute neunzigjährigen Averall Harriman aus der Washington Post - von einem momentanen technologischen Vorsprung berauscht, Tausende von Cruise Missiles über Europa verstreuen wollen und schon damit, weil diese 'kleinen' Massenmordinstrumente nicht kontrolliert werden können, alle vorhandenen Abkommen über Kernwaffenbegrenzung obsolet und neue Abkommen für immer unmöglich machen werden.

Auf Zeit und Zermürbung und vor allem auf Spaltung setzt die Bundesregierung auch gegenüber der Friedensbewegung. Doch diese Zeit werden wir uns aneignen. Diese Zeit wollen wir zu unserem Acker machen.

Wir haben erst damit begonnen, den gegenwärtig leitenden Regierungsangestellten dieses Landes und ihren Ersatzleuten von der sogenannten Opposition durch Unterschriften vor Augen zu führen, daß sie sich nicht in Übereinstimmung mit dem Volkswillen befinden. Das kann nicht übersehen werden. Freunde, sammelt Unterschriften noch und noch! Das Volk selbst kann, auch wenn es nach unserer Verfassung nicht ohne weiteres rechtsverbindliche Entscheidungen treffen darf, wenn es nur will und wenn es nur handelt, tatsächlich wirksame politische Entscheidungen treffen. Es muß in dieser Frage seines eigenen Überlebens eine solche zentrale Entscheidung fällen, wenn aus der deutschen Geschichte demokratischer Versäumnisse gelernt worden ist. Und wenn das geschieht, läßt sich auch erreichen, daß der einzige Punkt, den die nukleare Knüppelgarde sich vorgenommen hat, von der Tagesordnung der jetzt beginnenden Verhandlungen verschwindet und Verhandlungen, die diesen Namen verdienen, erst ermöglicht werden. Bedenkt, daß wir nicht allein sind. Millionen in anderen europäischen Ländern und in den USA sind mit uns.

Freunde, stellt überall in diesem Land die Mandatsträger! Zwingt sie zu klaren Antworten! Sprecht mit ihnen im Dur der Tatsachen, wenn sie sich ins Moll von Volksverdummungssprüchen retten wollen! Laßt Euch nicht vorreden, Ihr verstündet nichts von der Technologie des nuklearen Völkermords! Laßt sie nicht davonkommen, wenn sie ihr Diplomatenköfferchen schwingen und zu einem ihrer ach so unendlich wichtigen Termine entweichen wollen oder solche Termine vorschützen! In Sachen des Volkes sein eigener Experte. Das Volk ist nicht einseitig. Das Volk ist nicht unausgewogen. Welche andere 'Seite' gibt es denn überhaupt in der Demokratie?

Besucht, initiiert und organisiert immer mehr kleine und große Diskussionsforen! Laßt Euch inspirieren von dem, was die heutigen Redner aus ihrer berufsspezifischen Perspektive gesagt haben, von dem, was uns in dieser Halle an Informationsständen und Ausstellungen umgibt und was die Künstler, denen ein aus vollem Herzen kommender Dank gebührt, uns heute vermitteln werden! Unterstützt die Demonstrationen zum zweiten Jahrestag des Brüsseler Beschlusses! Helft dem Ostermarsch 1982, daß er wie ein junger Phönix aus der Asche steigen kann und sich dadurch jung erhält, daß er aus der Geschichte des altgewordenen Feuervogels lernt!

Herzschrittmacher braucht die Friedensbewegung nicht. Aber ihre eigene Hirnschrittmacherfunktion für sich selbst und für alle anderen muß sie verbessern. Allein mit der 'kindlich reinen Seele', die 'ohne Schuld und Fehle' dem Dichter genügt, stellt sich die Geschichte nicht zufrieden. Bis jetzt ließ sie allerdings immerhin nachsitzen, wer nichts gelernt hatte. Das wird schwieriger und vielleicht bald nicht mehr möglich sein. Also lernen wir! Studieren wir das Instrumentarium der Spalter, und das ist nicht überall so primitiv wie bei diesem grünen Tölpel (der beileibe kein Grüner ist), der heute die Westfalenhalle mit Rubeln angemietet wähnt. Der Bundes(ab)kanzler hat am 9. Oktober vor dem Deutschen Bundestag von 'manipulierender Mitläuferschaft',vom 'Mißbrauch' der Friedenssehnsucht, von 'Zigmillionen Deutscher für ganz andere politische Zwecke', von 'gefügigen Werkzeugen der auswärtigen

Politik eines anderen Staates', in summa von 'ganz anders Interessierten' gethemt, die die Friedensbewegung sich 'von den Rockschößen streifen' müsse. Ich kenne da jemanden, dem ist schon vor mehr als dreißig Jahren ganz Ähnliches solange gesagt worden, bis er es glaubte und mit dem Abstreifen begann. Vor lauter Eifer hat er die Rockschöße gleich mitabgestreift, und dann den ganzen Rock und das Hemd und die Haut und das Fleisch. Übrig blieb ein Gerippe. Dieser Jemand ist die Bundesrepublik Deutschland. Und der totale Strip ist die Entwicklung ihres politischen Systems. Aus einer Landschaft, aus deren Trümmer tausend Blumen blühen wollten, wurde eine nominelle Republik, in der es unter den vom Volk abgehobenen Trägern staatlicher Macht keine Sozialisten, keine Liberalen und keine Konservativen mehr gibt, sondern nur noch mehr oder weniger autoritäre, mehr oder weniger smarte Verwalter von Besitzständen, vollmundige Experten für die Innenausstattung der Macht und zweitklassige Artisten an den Registern der Demagogenorgel.

Die Friedensbewegung ist zugleich auch eine demokratische Erneuerungsbewegung - oder sie ist nichts. Sie streift nichts von ihren Rockschößen ab, sondern sie zerbricht, wenn sie sich von denen leimen läßt, die in ihrem gewaschenen Gehirn die schmutzigen Methoden gespeichert und verinnerlicht haben, mit denen die ersten Machthaber unseres Landes bei ihnen selbst erfolgreich Demokratie abgetrieben haben. Und darauf kommt's den Saubermännern ja auch an, nicht auf irgendwelchen angeblichen kommunistischen Fliegendreck auf den Rockschößen der Friedensbewegung. Noch einmal: Zum Nachsitzen ist keine Zeit mehr, es muß geackert werden."

GRUSSADRESSEN

D. Martin Niemöller, Wiesbaden

"Was gäbe ich darum, könnte ich heute - und wär's nur für eine halbe Stunde - dabei sein. Doch die Instanz, die ich zeitlebens als meine höchste Autorität kenne, hat mich schon vor elf Monaten in den endgültigen Ruhestand versetzt. Öffentliches Auftreten und Reisen sind vorbei. Aber ich freue mich und bin dankbar dafür, daß das Werk, dem die letzten Jahrzehnte meines Lebens gehört haben, allen Versuchen standgehalten hat, es abzustoppen oder zu blockieren.

Sie haben es aber fertiggebracht, daß alle denkenden Menschen die Erhaltung und Ausbreitung des Friedens auf Erden heute als die vordringliche gemeinsame Aufgabe kennen. Für unsere und noch jede kommende Generation bleibt es dabei, daß wir miteinander und füreinander dazusein, jeden Tag neu zu lernen und neu zu praktizieren, zu leben haben."

Ingeborg Drewitz, Berlin-West

"Die Krefelder Initiative wird in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen, weil sie die bisher umfassendste außerparlamentarische Opposition initiiert hat, die Opposition gegen die blinde Bündnistreue im Rüstungsbereich, die Opposition f ü r eine Politik des Rüstungsstopps, f ü r ein Umdenken innerhalb der Blocks und Bündnisnetze.

Und die Krefelder Initiative wird in die Geschichte eingehen, weil sie die Bürger der Bundesrepublik ermutigt hat, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, deutlich zu machen, daß es hier ein vitales Interesse gibt, Europa, die beiden deutschen Nachkriegsstaaten, nicht zum Kriegsschauplatz zu machen, sondern endlich einmal die historische Last der wiederholten Kriegsschuld abzutragen, Frieden zu stiften.

Die Krefelder Initiative hat den Attacken, denen sie ausgesetzt war, widerstehen können, weil die formulierten Forderungen vernünftig waren und geblieben sind und weil sie ohne Polemik und Eifer aber sachkundig verteidigt werden konnten.

Die Krefelder Initiative wird die Friedenspolitik der Bundesregierung beim Wort nehmen, weil sie Argumente hat. Und wird darum politischen Abgrenzungsversuchen widerstehen können.

Denn die Krefelder Initiative ist eine Volksbewegung, eine demokratische außerparlamentarische Opposition, die sich bewährt hat und bewähren wird."

Heinrich Albertz, Berlin-West

"Ich kann heute nicht in Dortmund sein und bin auch der Meinung, daß nicht immer wieder die selben Leute auf Friedenskundgebungen sprechen sollten. Vor allem wir Alten müssen abgelöst werden durch Junge. Dazu möchte ich ausdrücklich ermutigen. Aber ich grüße Sie alle auf diesem Wege sehr herzlich. Wir wollen uns in unserem Kampf für Vernunft und Frieden von niemandem beirren lassen, weder von Herrn Apel noch von Herrn Kohl mit seinem Volksfrontgeschwätz. Aber eine Front des Volkes müssen wir immer mehr werden, und dies scheint ja nach der großen Demonstration in Bonn immer besser zu gelingen."

Günter Samtlebe, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

"... ich danke Ihnen für die Einladung zum Zweiten Forum der Krefelder Initiative am 21.11.81 in der Dortmunder Westfalenhalle.

Vom 14. bis 21.11.81 befinde ich mich zum Abschluß der Städtepartnerschaft zwischen Dortmund und Netanya in Israel. Eine Teilnahme am Forum ist mir aus diesem Grunde nicht möglich.

Allein schon der Grund meiner Verhinderung unterstreicht das seit Jahrzehnten vielfältige und intensive Bemühen der Stadt Dortmund, einen eigenständigen kommunalen Beitrag zur internationalen Völkerverständigung zu leisten, wobei eine Verbindung zu Israel unter historischen wie aktuellpolitischen Gesichtspunkten einen herausragenden Stellenwert einnimmt.

Bei der Auswahl Dortmunds als Tagungsort wird Ihnen sicherlich auch bekannt geworden sein, daß sich gerade diese Stadt ihrer antifaschistischen und friedensverbundenen Tradition äußerst bewußt ist. Unser Bemühen manifestiert sich in jährlichen Gedenkfeiern für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am Mahnmal in der Bittermark, an denen Verfolgten- und Deportiertenorganisationen des Inlands wie des westlichen und östlichen Auslandes teilnehmen, Weiterhin wurde erst in diesem Jahr nach mehrjährigen wissenschaftlichen Vorarbeiten eine Ausstellung und Dokumentation über Verfolgung und Widerstand in Dortmund der Bürgerschaft vorgestellt, die bisher über 27.000 Besucher sahen. Da wir die Auffassung vertreten, daß die Erinnerung an die Zeiten der Gewaltherrschaft als ein bestimmendes politisches Element für die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft wachgehalten werden muß, wird die Ausstellung als Dauereinrichtung im z.Z. im Bau befindlichen Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Dortmund gezeigt werden.

In einer Stadt wie Dortmund, deren Bevölkerung unsagbar im Zweiten Weltkrieg gelitten hat, braucht der Wunsch nach Frieden, Abrüstung und Verständigung nicht geweckt zu werden. Er ist durch die vielfältigen Aktivitäten permanent vorhanden. Hier ist auch die Ursache dafür zu sehen, daß die Stadt Dortmund seit 1957 - also seit den Tagen des 'kalten Krieges' - durch ihre jährlichen Auslandskulturtage einen Beitrag zur internationalen Verständigung, Aussöhnung und friedlichen Koexistenz leistet. Bis 1971 waren die Auslandskulturtage westlichen Ländern gewidmet. Seit jenem Jahr findet ein Wechsel zwischen west- und osteuropäischen Ländern statt. Aus Osteuropa waren bisher die Volksrepublik Ungarn, die Sowjetunion, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien in Dortmund zu Gast. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es sich bei unseren Auslandskulturtagen nicht um Spitzenereignisse für eine Kulturelite handelt, sondern, daß wir den Bürgern unserer Stadt, ihren Vereinen und Organisationen die persönliche Begegnung ermöglichen wollen, um Vorurteile, Klischees und Mißtrauen durch Vertrauen, eigenes Erleben und die offene Diskussion anstehender Probleme mit der Suche nach einem möglichen Konsens zu ersetzen.

Von diesem Wunsch sind auch unsere Städtepartnerschaften geprägt. Sie erschöpfen sich nicht in gegenseitigen Besuchen offizieller Delegationen, sondern sind ein lebendiger Bestandteil des bürgerschaftlichen Lebens unserer Stadt. Das wird Ihnen jeder bestätigen, der sich im Leben unserer Stadt einigermaßen auskennt.

Auch hier haben wir bewußt darauf geachtet, eine gewisse Mittlerfunktion zu übernehmen. Wir besitzen eine Städtepartnerschaft mit Rostow am Don in der UdSSR wie auch mit Buffalo in den Vereinigten Staaten. Neben Hamburg und Saarbrücken sind wir die einzige Stadt, die freundschaftliche Kontakte zu einer Stadt in der Sowjetunion unterhält.

Hervorheben möchte ich ebenfalls den Kulturpreis der Stadt Dortmund, der dem Leben und Werk der jüdischen Literatur-Nobelpreisträgerin Nelly Sachs gewidmet ist. Alle zwei Jahre zeichnen wir mit diesem Preis Persönlichkeiten aus,

> die insbesondere eine Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen den Völkern zum Ziele haben, die sich der Förderung der zwischenstaatlichen Kulturarbeit als eines neuen und verbindenden Elements zwischen den Völkern besonders angenommen haben,
>
> die in ihrem Leben und Wirken die geistige Toleranz und Versöhnung unter den Völkern verkündet und vorgelebt haben.

Nichts zeigt wohl deutlicher, in welchem Sinne die Bürgerschaft der Stadt Dortmund ihre Arbeit auf den genannten Gebieten versteht.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich den Rat der Stadt Dortmund und die Dortmunder Bürgerschaft zu Beginn der öffentlichen Ratssitzung am 01.10.1981 aufgefordert habe, den Friedensaufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu unterzeichnen.

Ich vertrete die Auffassung, daß jeder von uns in der existentiellen Frage der Friedenssicherung Stellung beziehen muß."

<u>Bernt Engelmann, für den Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier</u>

"Die gewerkschaftlich organisierten Schriftsteller und Übersetzer der Bundesrepublik, Frankreichs und Italiens, die Autorenverbände und PEN-Zentren der BRD, Bulgariens, Dänemarks, der DDR, Finnlands, Jugoslawiens und der Niederlande, Norwegens, Portugals, Schwedens, der Sowjetunion und Ungarns haben sich zu einem gemeinsamen 'Appell der Schriftsteller Europas' zusammengefunden, worin es heißt: 'Die Menschheit soll jetzt an den verbrecherischen Gedanken gewöhnt werden, daß ein begrenzter Atomkrieg führbar sei - mit neuen Raketen, Neutronenbomben, Marschflugkörpern etc. Wir setzen dagegen: Mit Atomwaffen ist kein begrenzter Krieg führbar; er würde die ganze Welt vernichten. Über alle Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg richten wir an die Verantwortlichen den dringenden Appell, das neue Wettrüsten zu unterlassen und unverzüglich wieder miteinander in Verhandlungen über weitere Abrüstung einzutreten.'

Dieser Appell trägt inzwischen die Unterschriften von mehr als 3.000 Autoren aus allen Teilen Europas, von den Färöer bis Kreta,

von Lissabon bis Murmansk. Zu den Unterzeichnern gehören der Internationale PEN-Präsident Per Wästberg und die Vizepräsidenten Heinrich Böll und Stephan Hermlin, ebenso wie der diesjährige Frankfurter Friedenspreisträger Lew Kopelew. An ihrer Seite stehen Repräsentanten der europäischen Literaturen wie Anna Seghers, Alberto Moravia, Louis Aragon, J.B. Priestley oder Michail Scholochow, die zu den Veteranen der Friedensbewegung zählen, aber auch viele andere, die bisher abseits gestanden haben. Nahezu vollständig dabei sind die Autoren der Bundesrepublik Deutschland, von Wolfgang Abendroth bis Gerhard Zwerenz, ebenso die der DDR, von Alexander Abusch bis Christa Wolf. Mit uns solidarisiert haben sich zu unserer besonderen Freude zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus Kanada und den USA, aus den asiatischen Republiken der Sowjetunion, aus Lateinamerika, Australien, Japan und Indien sowie aus vielen anderen afroasiatischen Ländern. Täglich gehen aus aller Welt weitere Unterschriften ein und verstärken so unseren Beitrag zum Kampf für den Frieden und gegen den Rüstungswahnsinn.

'Wir fordern die Weltöffentlichkeit auf, nicht zu resignieren, sondern sich mit verstärkter Energie für den Frieden einzusetzen. Handeln wir gemeinsam, damit Europa nicht zum atomaren Schlachtfeld eines neuen und dann letzten Weltkrieges wird. Nichts ist so wichtig wie die Erhaltung des Friedens!'

In diesem Sinne grüßen wir das Dortmunder Forum und wünschen ihm einen erfolgreichen Verlauf."

Vertrauenskörperleitung der Hoesch ESTEL-Hüttenwerke Dortmund AG, Werk Westfalenhütte

"Die Krefelder Initiative gegen die Stationierung neuer Atomwaffen, vor einem Jahr ins Leben gerufen, hat dazu beigetragen, daß sich eine Friedensbewegung entwickelt hat, die von den Politikern nicht mehr übersehen werden kann.

Nur in Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren Auftrag erfüllen und sich Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten.

Das Wettrüsten und die Anhäufung von atomaren Waffen hat den Frieden nicht sicherer gemacht, sondern die Kriegsgefahr erhöht.

Wir wünschen Eurer Veranstaltung viel Erfolg."

Die 8. Delegiertenkonferenz der HBV Hannover (mit 9064 Mitgliedern) hat beschlossen, nachstehenden einstimmig angenommenen Antrag dem Zweiten Forum in Dortmund zuzuleiten:

"Ohne gesicherten Frieden werden die Bestrebungen in der Tarif- und Betriebsarbeit sinnlos. Notwendige soziale und gesell-

schaftliche Reformen werden durch den stattfindenden Rüstungswettlauf erschwert bzw. unmöglich gemacht. Die Konferenz fordert deshalb alle verantwortlichen Politiker und Regierungen auf, durch

- Verhinderung der Stationierung von Neutronenwaffen und neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik
- sofortige Ratifizierung von SALT II
- konsequente Verbote von Waffenexporten
- stufenweise Senkung der Verteidigungshaushalte
- konkrete Maßnahmen in Europa eine atomfreie Zone zu schaffen
- Umverteilung der Rüstungsausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe und des sozialen Fortschritts
- Ausbau der Friedensforschung

dafür zu sorgen, daß die bedrohliche Entwicklung der weltweiten Aufrüstung endlich gestoppt wird."

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

"Der Vorstand, die Mitarbeiter und Mitglieder der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste grüßen die Initiatoren des Krefelder Appells und die Teilnehmer des 2. Krefelder Forums in der Dortmunder Westfalenhalle am 21. November 1981. Gerne hätten wir an Ihrem Forum selbst teilgenommen, sind aber durch Anforderungen in den gerade stattfindenden Friedenswochen und durch die Teilnahme an der großen Demonstration in Amsterdam leider verhindert. Wir möchten Ihnen auf diesem Weg herzlich für Ihre wichtige Arbeit danken und Ihnen weiterhin viel Erfolg wünschen. Dieser Herbst 1981 hat gezeigt, daß fast ganz Europa sich in einem Aufbruch befindet zu einer neuen Politik der Abrüstung und Entspannung in Europa. Der Krefelder Appell selbst war für diese Entwicklung in unserem Land sehr wichtig und wird es bleiben, bis die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen bei uns und anderswo wirklich verhindert ist. In dieser gemeinsamen Hoffnung grüßt Sie

der Vorstand der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
gez. D.Kurt Scharf, 1. Vorsitzender"

PAX CHRISTI, Gruppe Hamburg

"Die PAX-CHRISTI-Gruppe Hamburg begrüßt das Zweite Forum am 21. November 81 in Dortmund. Wir sehen in diesem Forum einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß, dessen wahrer Charakter inzwischen deutlich zu Tage getreten ist und in den jüngsten Äußerungen Präsident Reagans seinen vorläufigen Höhe-

punkt findet: Mit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missile soll die Erstschlagskapazität der USA gesichert und ein Atomkrieg auf Europa beschränkt werden können.

Deswegen appellieren wir als katholische Christen an alle friedliebenden Menschen, den Krefelder Appell zu unterzeichnen und damit dem Appell millionenfachen Nachdruck zu verleihen. Nur so kann die Bundesregierung gezwungen werden, ihre Politik zu verändern."

Christen für die Abrüstung

"Als Christen für die Abrüstung begrüßen wir die Versammlung des Zweiten Forums in der Dortmunder Westfalenhalle.

Der Krefelder Appell hat in unserem Land und in unseren Kirchen viel in Bewegung gesetzt und zur Bedeutung der Friedensbewegung entscheidend beigetragen.

Als Christen bekennen wir uns zu Gott als dem Schöpfer des Himmels und der Erde. Das bedeutet: Wir müssen die biblische Verheißung des Friedensreiches auch für die Erde ernst nehmen. Wir können uns als Christen nicht dabei beruhigen, daß unsere Kirchen in allgemeinen Erklärungen zum Frieden mahnen. Das Schweigen vieler offizieller Kirchenvertreter repräsentiert nicht mehr die Stimme der Christen zu Krieg und Frieden. Die Demonstration auf dem Kirchentag und.die Friedenskundgebung in Bonn haben den Aufbruch der Basisbewegung auch in unseren Kirchen für den Frieden deutlich gemacht, die sich gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Europa wendet.

In diesem Sinne haben wir den Krefelder Appell von Anfang an mitgetragen. Wir erhoffen uns von der heutigen Veranstaltung einen neuen Impuls, der gerade die vielen Christen innerhalb der Friedensbewegung ermutigt, durch und mit dem Krefelder Appell die Arbeit für den Frieden in den Gemeinden zu verbreitern. Dazu wollen wir uns heute und an diesem Ort verpflichten."

Pfr. Olaf Jellema
Pfr. Martin Meier-Stier
Pfr. Werner Sanß
Pfr. Konrad Lübbert

Aktion "Ohne Rüstung leben"

"Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden! Deshalb können wir diesen nicht länger Politikern und Militärs überlassen, die uns sagen, nur Aufrüstung könne den Frieden erhalten.

Das Gegenteil ist richtig. Rüstung tötet schon heute millionenfach und sie bedroht unser aller Leben in einem unvorstellbaren Ausmaß. Jede weitere Aufrüstungsrunde bringt uns der Katastrophe näher. Für uns hier gilt dies insbesondere, wenn Europa zum atomaren Kriegsschauplatz der Supermächte hergerichtet werden soll. Unser Widerstand gilt allen - in West und Ost -, die immer noch Massenvernichtungswaffen als Mittel zur Lösung internationaler

Konflikte ansehen. Im Kampf gegen die weitere atomare Aufrüstung Europas sehen wir einen ersten wichtigen Schritt zur Überwindung dieses mörderischen und selbstmörderischen Denkens, dem weitere Schritte folgen müssen.

Ein Anfang ist gemacht, aber er ist erst ein Anfang! Es bedarf unser aller gemeinsamer Anstrengung, um die neue Aufrüstungsrunde zu verhindern, aber auch, um den Widerstand gegen die neuen Waffen zu einer echten Bewegung für den Frieden werden zu lassen.

In diesem Sinn wünschen wir dem zweiten Forum der Krefelder Initiative einen guten Verlauf."

Für die Erstunterzeichner der Aktion Ohne Rüstung leben
gez. Gerhard Schubert

Kirchliche Bruderschaft im Rheinland

"... die Kirchliche Bruderschaft im Rheinland, ein Zusammenschluß von etwa 400 Christen, vorwiegend Pfarrern der Evangelischen Kirche im Rheinland, begrüßt ausdrücklich das Zweite Forum der Krefelder Initiative am 21. November 1981 in der Dortmunder Westfalenhalle.

Vertreter unserer Bruderschaft werden während des Forums zum Gespräch bereitstehen.

Mit Helmut Gollwitzer sind wir der Meinung:

'Was sich mit der Friedensbewegung heute in unserem Lande vollzieht, das ist ein Aufstand des menschlichen Gewissens und der menschlichen Vernunft, insbesondere auch ein Aufstand des christlichen Gewissens. Christlich glauben und zugleich Völkermord und Völkerselbstmord vorbereiten - für immer mehr Christen geht das nicht mehr zusammen.'

In diesem Sinne wünschen wir dem Forum einen guten Verlauf und grüßen alle Teilnehmer sehr herzlich.

gez. Pfarrer Friedhelm Meyer"

Die Teilnehmer des "Tendenzen"-Gesprächs 1981 in Karlsruhe

ca. 100 bildende Künstler, Kunstfreunde und Kunsterzieher aus dem ganzen Bundesgebiet - senden dem Zweiten Forum solidarische Grüße.

Wir unterstützen mit unserer Arbeit die Forderungen des Forums für eine Politik des Friedens und der Abrüstung, gegen den Raketenrüstungsbeschluß der NATO.

Zentraler Arbeitskreis der Demokratischen Fraueninitiative

"Ein Jahr Krefelder Appell. Frauen in großer Zahl aus den verschiedensten Gruppierungen haben den Ruf aufgenommen, ihn weitergetragen, Unterschriften gesammelt.

Unter ihnen auch wir von der DFI.

Mit Millionen teilen wir die Besorgnis über die drohende Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Millionen teilen wir die Bereitschaft, teilzunehmen an den Bemühungen und Aktivitäten, die atomare Katastrophe zu verhindern.

Jeden Tag wird deutlicher, welche Konsequenzen auf uns zukommen:

- Pro-familia-Beratungsstellen können ihre Arbeit nicht weiterführen
- keine Mittel für Frauenhäuser werden bereitgestellt
- die Frauenarbeitslosigkeit steigt rapide
- die Gesundheit wird teurer
- in den Schulen soll bei Lehrern und Lernmitteln eingespart werden.

Dagegen sieht eine vertrauliche Vorlage zweier CDU-Kultusminister vor, daß der Gedanke der 'Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft' mehr als bisher in die Schulen getragen werden soll, um den 'utopischen Charakter verschiedener Konzepte der Friedenssicherung' darzustellen.

Das Verteidigungsministerium teilt mit: Wegen der 'Personallücke' in der Bundeswehr sei die Frage des Wehrdienstes für Frauen 'eilig'.

Bei diesem politischen Kurs können wir Frauen nichts gewinnen: Am wenigsten Gleichberechtigung und Emanzipation. Mit vielen treten wir ein für eine Sicherheitspolitik nach dem Grundsatz: Abrüsten ist wichtiger als Abschrecken.

Wir unterstützen jedes Angebot, was uns dem Frieden auch nur ein Stückchen näherbringen würde. Derzeit wird uns die Null-Option als des Rätsels Lösung für Verhandlungen zwischen Ost und West angeboten. Auch wer kein Militärstratege ist, wird sich fragen, wie ein Erfolg in Abrüstungsverhandlungen auch nur annähernd erreicht werden kann, wenn von der einen Seite Vorleistungen erwartet werden, die die andere Seite zu erbringen nicht bereit ist.

Wir erwarten, daß Verhandlungsgespräche auf einer Grundlage geführt werden, die nicht von Anbeginn ein Scheitern befürchten lassen.

Wir Frauen sind die Mehrheit unserer Bevölkerung und verlangen, gehört zu werden.

Dies machen wir deutlich, wo immer wir die Möglichkeit dazu haben: Zuhause oder am Arbeitsplatz. Wir sind sicher, daß Unterschiede die Frauen nicht davon abhalten werden, den Internationalen Frauentag 1982 zu Kundgebungen des Eintretens für Frieden und Abrüstung zu machen."

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN
Bund der Antifaschisten

"Nach der Befreiung des Lagers Buchenwald legten die Häftlinge vieler Länder Europas den Schwur ab, für eine Welt des Friedens und der Freiheit, für die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln einzutreten. Dieser Schwur war und ist Richtschnur für die antifaschistischen Widerstandskämpfer, die Opfer des Naziregimes und junge Antifaschisten heute. Sie beherzigen die Erfahrung der Geschichte, die besagt, daß Kampf gegen Krieg und Faschismus zusammengehören. Bereits in der Weimarer Republik haben Antifaschisten unter der Losung:

Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!

den Kampf gegen den heraufkommenden Faschismus geführt. In Spanien und während des Zweiten Weltkrieges haben Antifaschisten entschieden für die Beendigung des faschistischen Raubkrieges gekämpft.

Nach 1945 haben antifaschistische Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus Seite an Seite mit anderen Demokraten für einen friedlichen Neubeginn gearbeitet. Sie waren entschiedene Gegner der Remilitarisierung, weil damit auch ein Wiederaufleben des Nazismus verbunden war.

Heute wird erneut klar, daß Hochrüstungspolitik, Rechtsentwicklung und Neonazismus zu einer neuen Katastrophe führen können, wenn nicht rechtzeitig dagegen gekämpft wird. Ein atomarer Holocaust, das kann und muß verhindert werden. Deshalb sind alte und junge Antifaschisten aktive Mitstreiter dieser Bewegung:

Der Atomtod bedroht uns alle! Keine Atomraketen in Europa!

Wenn wir alle ungeachtet politischer und weltanschaulicher Meinungsunterschiede in dieser Bewegung gegen die Bedrohung durch neue amerikanische Atomraketen in unserem Land, für Verhandlungen zur Begrenzung und Verringerung atomarer Waffen kämpfen, erfüllen wir das Vermächtnis der Frauen, Männer und Jugendlichen, die im Kampf gegen den barbarischen Hitlerfaschismus ihr Leben ließen, die für eine Welt des Friedens und der Verständigung kämpften.

Mit einem großen internationalen Treffen in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Mauthausen in Österreich, im September 1982, werden die Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Europa ihren festen Willen für Frieden und Abrüstung zum Ausdruck bringen.

Wir wünschen dem heutigen Forum einen erfolgreichen Verlauf."

Dr. Joseph Rossaint, Präsident
Hans Jennes, Vizepräsident
Kurt Erlebach, Generalsekretär

Fachkonferenz Medizin in der VDS, Sekretariat

"Die Bundesregierung hat den Entwurf eines 'Gesundheitssicherstellungsgesetzes' vorgelegt, ein 'Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles'. Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten für den Kriegsfall, den 'äußeren Notstand', können aber ebenso wie die bereits

geltenden Notstandsgesetze auch im 'inneren Notstand' (soziale Unruhen) angewandt werden.

Das Gesundheitssicherstellungsgesetz sieht u.a. vor:

- die Registrierungspflicht aller im Gesundheitswesen und den angrenzenden sozialen Bereichen schon in Friedenszeiten; Krankenpflege- und Hilfspersonal, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Träger der verschiedensten Versorgungseinrichtungen, insgesamt werden mehrere Millionen Menschen erfaßt und überwacht
- die Zwangsfortbildung in Katastrophen- und Kriegsmedizin; nach der Gesetzesbegründung wird das 'Sichtungsverfahren' Hauptbestandteil dieser Fortbildung sein, eine Selektion von Patienten, wobei die rasch Wiederverwendungsfähigen vorzugsweise behandelt werden sollen
- die Dienstverpflichtung all dieser Berufsgruppen für den Notstand
- die Aufstellung von Einsatzplänen für den Kriegsfall durch Krankenhäuser, Kassenärztliche Vereinigungen und Behörden
- die Zusammenarbeit zwischen zivilem Gesundheitswesen und dem Militär ist nach Maßgabe des NATO-Truppenstatuts vorgesehen
- die Zwangsräumung von Alten-, Pflege-, Kinder- und Behinderteneinrichtungen sowie die 'beschränkte Aufnahme und vorzeitige Entlassung' stationärer Patienten

Das Gesundheitssicherstellungsgesetz will den Eindruck erwecken, als sei medizinische Hilfe auch im Atomkrieg möglich. Im Atomkrieg kann es jedoch keine wirksame medizinische Hilfe für die betroffene Bevölkerung geben! Die einzige sinnvolle 'Hilfe' besteht in der Verhinderung eines solchen Krieges.

Mit der geplanten Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in der Bundesrepublik und anderen Ländern Mitteleuropas, mit der Entscheidung zur Produktion der Neutronenwaffe steigt die Gefahr eines Atomkrieges sprunghaft an.

Nur in diesem Zusammenhang ist das ganze Ausmaß dieses Gesetzes deutlich.

- Wir sind nicht bereit, durch unsere Mitarbeit einen Atomkrieg denkbar, führbar oder gar gewinnbar erscheinen zu lassen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, den Referentenentwurf des Gesundheitssicherstellungsgesetzes zurückzuziehen und jegliche Planung für ein Notstandsgesetz im Gesundheitswesen aufzugeben.
- Wir sind nicht bereit, uns in Kriegsmedizin aus- bzw. weiterbilden zu lassen, selbst wenn uns dies durch ein Gesetz befohlen werden sollte.
- Wie der 'Krefelder Appell' fordern wir die Bundesregierung auf, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen."

Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS)

"Der Dachverband aller Studenten, die VDS, begrüßt das 2. Forum der Krefelder Initiative in Dortmund!

Wir Studenten hoffen, daß dieses Forum nach der Demonstration am 10.10. ein weiterer Erfolg der Friedensbewegung in der Bundesrepublik wird - daß es dazu beiträgt, den NATO-Beschluß zur Stationierung von neuen Atomraketen in Westeuropa politisch undurchführbar zu machen.

Wie die Initiatoren des Krefelder Appells wehren auch wir uns gegen den Plan, aus der Bundesrepublik eine Atomwaffenbasis der USA zu machen. Von Reagans und Haigs Planspielen mit dem 'begrenzten Atomkrieg' oder einem 'atomaren Warnschuß' fühlen wir uns bedroht.

Auf den beiden letzten VDS-Mitgliederversammlungen haben die Vertreter der Allgemeinen Studentenausschüsse mit großer Mehrheit festgestellt, daß der NATO-Beschluß eine Maßnahme zur Aufrüstung, zur Erlangung militärischer Überlegenheit von USA und NATO über die Länder des Warschauer Vertrages ist. Dadurch wird die Kriegsgefahr erhöht. Deshalb lehnen wir die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile in der Bundesrepublik ab. Deshalb unterstützen wir den Krefelder Appell. Statt Aufrüstung fordern wir Entspannungspolitik und Abrüstung. Europa ist heute schon ein Pulverfaß, bedeckt mit Atomwaffen zur mehrfachen Vernichtung unseres Kontinents.

Mit dem Zustand der Bedrohung finden wir Studenten uns nicht ab. Über 100.000 Studenten haben den Krefelder Appell unterschrieben, immer mehr Wissenschaftler und HS-Angehörige erklären ihre Unterstützung für den Krefelder Appell. An fast jeder Uni gibt es heute eine Friedensinitiative. Am 3. Juni demonstrierten 40.000 Studenten für 'BaFög statt Pershing' und in drei Wochen beginnen in der Bundesrepublik massivste Proteste und Streiks: bundesweit vom 7. bis 12. Dezember gegen die Sparpolitik an den Hochschulen. Täglich spüren heute Studenten, wohin der Hochrüstungskurs unser Land treibt. In überfüllten Seminaren, wenn für die Bibliotheken keine Bücher mehr gekauft werden, an den massiven Bafög-Kürzungen merken wir, daß wir um Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur ständigen Steigerung der Rüstungspolitik kämpfen müssen. Unser Streik wird auch eine Demonstration für den Frieden sein - mit der Gründung von Friedensinitiativen an Hochschulen wollen wir in Aktionen und Veranstaltungen unsere Forderungen nach Frieden und Abrüstung bekräftigen.

Mit unseren Aktionen wollen wir die Friedensbewegung stärken und verbreitern. Deshalb werden wir auch mit allen Kräften der Friedensbewegung gemeinsam gegen die atomare Bedrohung vorgehen.

Wir wollen erreichen, daß der NATO-Beschluß nicht durchgeführt wird. Wir sind für ernsthafte Verhandlungen zwischen USA und Sowjetunion über die schon vorhandenen Mittelstreckenraketen für Europa. Wir fordern gleichseitige Abrüstung, um ein atomwaffenfreies Europa zu erreichen. Mit demagogischen Verhandlungstricks, wie sie Reagan anwendet, wenn er von der Sowjetunion einseitige Abrüstung ihrer SS-Raketen fordert, ohne die amerikanischen Atomraketen auf den vorgeschobenen Basen rings um die UdSSR zu berücksichtigen, kann Abrüstung in Ost und West nicht erreicht werden. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich für ernsthafte Verhandlungen einzusetzen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missile zurückzuziehen- Keine neuen Atomraketen in Europa! Für Frieden und Abrüstung!"

Künstler für den Frieden

Fast 300 Künstler, darunter 40 namhafte Liedermacher, Schauspieler und Autoren, gestalteten ein vier Stunden dauerndes Programm. Dieses bisher noch niemals erreichte Zusammenwirken von bedeutenden Künstlern verschiedener Genres mit Chören und Songgruppen wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Atomkriegsgefahr.

Die mitwirkenden Künstler gaben folgende Erklärung ab, die Dietmar Schönherr verlas:

"Angst um die Kunst haben unsere staatlichen Behörden, denn sie treffen Vorbereitungen, wie man die 'ewigen' Kunstwerke aus den Museen atomsicher versenken kann. Die Künstler haben Angst um das irdische Leben. Kunst soll den Atomschlag überleben. Ans Überleben der Menschen ist weniger gedacht. Aber Kunst wird für die Menschen gemacht. Und die größte Kunst ist der Frieden. Unterschreibt den Krefelder Appell!"

Programmablauf

1. bots: Das weiche Wasser
   Sieben Tage lang
   Entrüstung
2. Eva Mattes spricht "Nachkriegszeit" von Wolfgang Borchert
3. Peter Franke spricht "Die Neutronenbombe" von Roman Ritter
4. Hanna Schygulla singt die eigene Textfassung des Lili-Marleen-Liedes
5. Anne Bennent: Der Bi-Ba-Butzemann
6. Udo Lindenberg: Wozu sind Kriege da
7. Knut Kiesewetter: Soldaten
   Wo bleibt der Zusammenhang
8. Klaus Hoffmann: Glaub an Dich
   Wo die Angst ist
9. Heidemarie Theobald spricht "Alle Tage" von Ingeborg Bachmann
10. Ludwig Hirsch: 1928
11. Chöre: Psalm 58 von Heinrich Schütz
    Die ganze Erde uns
12. Sänger Freies Berlin: "Die Abnehmer" von Erich Fried
13. Heinz Schubert spricht "Das grosse Karthago" von Bertholt Brecht
14. Curt Bois spricht "An meine Landsleute" von Bertholt Brecht
15. André Heller: Persönliche Erklärung
    Vom Schrei nach dem Frieden
16. Esther Bejarano singt "Dos Kelbl"
17. Esther Bejarano, Donata Höffer, Eva Mattes und Chöre: Sog nischt kejnmol

18. Donata Höffer, Eva Mattes, Angela Winkler und Chöre:
    Das Lied von der Soija

19. Helmut Ruge, David Bennent: Vater und Sohn

20. Franz Josef Degenhardt: Es denken die Leute
    Denkbar ist aber auch immer noch

21. Dietmar Schönherr: Bekenntnis

22. Harry Belafonte und seine Band: Going down Jordan
    Erklärung

    Mbulo: Solidaritätsgruß aus Südafrika

    Erklärung - simultan übersetzt von Dietmar Schönherr
    We shall overcome

23. Helmut Ruge: Morgens siegreich
    Stimmen zur Zeit

24. Fasia Jansen, Joachim Kuntzsch, Dieter Süverkrüp und Chor: Feuer

25. Erika Skrotzki spricht "Frieden" von K.H. Scherfling

26. Donata Höffer und Eva Mattes sprechen und singen "Das kleine tote Mädchen" von Nazim Hikmet

27. Erika Skrotzki spricht Text von Konstantin Wecker

28. Anne Bennent spricht Text von Marius Müller-Westernhagen

29. Angela Winkler singt "Mein Lied" von Marta Nawrath

30. Erika Skrotzi spricht "Fantasie von Übermorgen" von Erich Kästner

31. Erika Pluhar: Jetzt

32. Dieter Süverkrüp: Zwei Lieder

33. Hannes Wader: Leben einzeln und frei
    Es ist an der Zeit

34. Rolf Becker spricht "Vorwärts-Strategie" von Peter Paul Zahl

35. Peter Franke, Joachim Kuntzsch, Ernst Poerksen und Eisler-Gruppe: Das Lied der Deutschen (1981) von Roman Ritter

36. Rolf Becker, Peter Franke, Joachim Kuntzsch, Gloria Wempner und Chor: Mister Reagans Crew

37. Chöre: "Wir wollen Frieden" nach dem Friedenslied von Paul Dessau, bearbeitet von Jürgen Wegand

38. David Bennent: Der Soldat

39. Erklärung der Künstler, gesprochen von Dietmar Schönherr

Alle zusammen: Sag mir, wo die Blumen sind

Wir bedauern, daß wir aus technischen Gründen nur einige Texte hier abdrucken können. Der volle Wortlaut wird der Langspielplatte (2 1/2 Stunden) beigefügt.

Eva Mattes

"Wir leben ja heute in der zweiten Nachkriegszeit in diesem Jahrhundert. Zwei Vorkriegszeiten hatten wir schon. Es ist allerdings nicht klar, ob wir noch in der Nachkriegszeit oder schon wieder in der Vorkriegszeit leben.

Nur eines wird anders sein zu allen anderen Zeiten: Nach dieser Vorkriegszeit wird es keine Nachkriegszeit mehr geben.

Und noch eines ist anders. Den ersten Weltkrieg hat uns der Kaiser befohlen. Den zweiten Adolf Hitler. Beides Diktatoren. Diesmal haben wir keine Ausrede mehr!"

Hanna Schygulla

Vor der Laterne, vor dem großen Tor,
stand die Kaserne, Atomstaub lag davor.
Wer sollt' sich da noch wiederseh'n,
im Strahlenregen wartend steh'n,
wie einst, Lili Marleen,
wie einst, Lili Marleen.

Vor der Kaserne, vor dem großen Tor,
stand eine Laterne, nichts rührt sich mehr davor.
Da wird sich keiner wiederseh'n,
bei der Laterne keiner steh'n,
wie einst, Lili Marleen,
wie einst,Lili Marleen.

Aus dem stillen Raume, aus der Erde Grund,
hebt sich wie im Traume ein verseuchter Mund.
Wenn sich Neutronennebel dreh'n,
wer wird im Strahlenregen steh'n,
Die Welt, sie war doch schön,
Die Welt, sie war doch schön.

Udo Lindenberg

Wozu sind Kriege da?

Keiner will sterben, das ist doch klar,
wozu sind denn dann Kriege da?
Herr Präsident, Du bist doch einer von diesen Herren,
Du mußt doch wissen,
kannst Du mir das 'mal erklären?
Keine Mutter will ihre Kinder verlieren
und keine Frau ihren Mann.
Also, warum müssen Soldaten losmarschieren?
Um Menschen zu ermorden - mach mir das mal klar,
wozu sind Kriege da?

Herr Präsident ich bin jetzt zehn Jahre alt
und ich fürchte mich in diesem Atomraketenwald.
Sag mir die Wahrheit, sag mir das jetzt,
wofür wird mein Leben auf's Spiel gesetzt?
Und das Leben all der ander'n - sag mir mal warum!
Die laden die Gewehre und bring'n sich gegenseitig um.
Sie steh'n sich gegenüber und könnten Freunde sein,
doch bevor sie sich kennenlernen, schießen sie sich tot.
Ich find' das so bekloppt, warum muß das so sein?

Habt Ihr alle Milliarden Menschen überall auf der Welt
gefragt, ob sie das so wollen,
oder geht's da auch um Geld?
Viel Geld für die wenigen Bonzen,
die Panzer und Raketen bau'n
und die Gold und Brillianten kaufen
- für ihre eleganten Frau'n.
Oder geht's da nebenbei noch um so religiösen Mist,
daß man sich nicht einig wird,
welcher Gott nun der wahre ist?
Oder was gibt's da noch für Gründe,
die ich genauso bescheuert find'.
Na ja, vielleicht kann ich's noch nicht verstehen,
wozu Kriege nötig sind.
Ich bin ja noch zu klein,
ich bin ja noch ein Kind.

André Heller

"Zunächst möchte ich Euch die Grüße der österreichischen Frie-- densbewegung bringen. Es ist eine Friedensbewegung, die etwas klein noch ist. Wir hatten bei unserer ersten Demonstration erst 10.000 Menschen. Man muß dieses Mißtrauen abbauen, man muß es auch den Österreichern erklärn, wir sind ein neutrales Land, und wir werden womöglich neutral sterben, wenn wir uns nicht wehren. Man muß es den Menschen erklären, daß der nächste Krieg kein Krieg sein wird, in dem Soldaten Umwege um kleine Länder machen werden. Es wird nicht

so sein, daß sie um Österreich oder um die Schweiz herum marschieren und wir werden zuwinken und sagen, wir sind im Frieden, uns kann nichts passieren.
Das ist das eine, das zweite ist, wir dürfen sehr stolz darauf sein, daß es diese Veranstaltungen gibt; daß hunderttausende Menschen sich organisiert haben. Aber es sind zuwenige, letzlich ist es eine Schande, daß in einem Land mit 60 Millionen Einwohnern nicht Millionen marschieren, Sitzstreiks machen.

Sitzstreiks, Hungerstreiks, Menschen müssen sagen, mich muß es morgen noch geben dürfen, ich hab ein Recht auf meine Zukunft, ich will, daß mein Kind etwas lernt, was es irgendwann in seinem Leben anwenden darf. Daran muß doch jeder und überall interessiert sein. Und ich hör immer dieses unsinnige Geschwätz, und auch heute wieder habe ich es gelesen und gehört und manche haben mich in Interviews gefragt von der Volksfront, es gibt diese Unterscheidungen im Tod nicht, im Tod gibt's kein Links, kein Rechts, kein Mitte. Man kann es nicht laut genug sagen: gestorben wird auch Rechts. Und diese Wahnvorstellung, daß sich in der Stunde der Wahrheit über die rechte Reichshälfte schützend der Franz Josef Strauß werfen wird, und es wird ihnen nichts passieren. Und denjenigen, die so große Angst haben, vor diesen wenigen Kommunisten, die in der Friedensbewegung mit dabei sind, denen kann man nur sagen: je mehr Menschen mitmachen, desto weniger werden prozentuell Kommunisten dabei sein, das ist ganz unkompliziert. Ich meine, daß jeder von uns jeden Tag einen Menschen davon überzeugen sollte, mitzumachen bei dieser Friedensbewegung. Es wird sehr von unserer persönlichen Glaubwürdigkeit abhängen, ob uns dieses Unterfangen gelingt und ich hab ein Lied geschrieben, d. h. es ist nicht mehr ein Lied, sondern nurmehr auf einen Text ausgegangen, mir ist keine Melodie mehr eingefallen, die mir richtig erschienen wär. Ich möcht euch dieses Lied jetzt vorlesen:

Es heißt

Vom Schrei nach dem Frieden ist hier die Luft ganz schwer
Der Friede, der Friede, wo kommt denn der Friede her
Der kommt nicht vom bloßen Fordern,
Der kommt nur wenn wir ihn tun,
Und wenn in unseren Seelen die Mörderwaffen ruhn.
Wenn wir Gewalt verweigern, in Sprache, Not und Streit
Wenn wir als Haltung Lieben, Zeit unserer Lebenszeit

Die Hölle sind nicht nur die Andren,
die Hölle, das bin zuerst ich,
nur wer bereit ist zur Wandlung, macht sich nicht lächerlich,
laßet uns also leben, was unsere Forderung ist,
und daran auch jeden erinnern, der's irgendwann vergißt
vom Schrei nach dem Frieden ist hier die Luft ganz schwer
Der Friede

das wollt ich Euch nur sagen."

Dietmar Schönherr

"Freunde, Mitbürger, Europäer, geliebte Lebensgefährten und Todesgefährten! Ich stehe hier, lange schon Euer Bruder im Geiste, jetzt einer von Euch.

Ich bin der Enkelsohn eines österreichischen Generals und der Sohn eines deutschen Generals. Meine Eltern haben mich katholisch erzogen. Die Hitlerjugend hat mich faschistisch erzogen. Die Schule hat mich traditionalistisch erzogen. Und das Militär hat mich zum Töten erzogen. Und dann kamen Gottseidank eines Tages die Amerikaner, die haben mich umerzogen. Und die haben mir in einem ziemlich schmerzhaften Prozeß klargemacht, daß alles, was ich bis dahin gedacht hatte, falsch war.

Das war für einen Neunzehnjährigen gar nicht so leicht, auf den Trümmern seiner sogenannten Weltanschauung zu stehen und vor allen Dingen die Zusammenhänge zu durchschauen. Aber ich habe meine Lektion gelernt. Ich habe den Haß verloren. Geblieben ist mir der Haß gegen Krieg und Gewalt.

Und: Ich bin nicht gewillt, noch einmal umzulernen. Auch wenn das einige Leute, die sich für die Sprecher des amerikanischen Volkes ausgeben, ohne es zu sein, von mir verlangen. Ich bin und bleibe der Freund und Bruder jener guten Amerikaner, die mich die Gewaltlosigkeit gelehrt haben...

Darum Freunde, bin ich hierhergekommen und darum stehe ich hier. Ich weiß sehr gut, daß die Kritiker dieser Friedensbewegung, zum Beispiel Herr Apel, der Meinung sind, daß wir alle blauäugige, naive Handlanger und sogar noch bezahlte Handlanger des Kommunismus seien. Verehrter Herr Apel, ich möchte Ihnen hiermit mitteilen und allen, die es wissen wollen oder nicht wissen wollen: Ich habe mir meine Fahrkarte hierher selber bezahlt. Und ich bin weder Ihnen noch irgend jemandem Rechenschaft schuldig - nur meinem eigenen Gewissen.

Da gibt es ja Leute, die immer wieder erklären, alle diese Abrüstungsideen, die seien utopisch; denn wenn die Rüstungsindustrie nichts mehr zu tun hätte, dann würde ja automatisch die gesamte Weltwirtschaft zusammenbrechen. Da muß ich doch hier und heute mal fragen: Müssen wir uns da nicht Gedanken machen, was in unserer Tausende von Jahren alten Entwicklung schiefgelaufen ist? Müssen wir uns da nicht darüber Gedanken machen, hier und drüben, auf beiden Seiten des Arsches, daß das sehr schnell anders werden muß? Daß dieses System, was so untauglich ist, zu verändern ist?

Liebe Freunde, ich habe vor vierzehn Tagen in einer Live-Sendung des Schweizer Fernsehens mir erlaubt, Kritik zu üben an den Äußerungen eines Mister Reagan, und ich habe gesagt, daß ich es für eine Frechheit halte, wenn 300.000 Leute in Bonn auf die Straße gehen, das als eine Demonstration von 'Randgruppen' zu bezeichnen. Und ich habe gesagt, daß das nur die Spitze des Eisberges ist von einer Bewegung, die viel größer ist, als es vielen angenehm sein kann.

Ich habe bei dieser Gelegenheit diesen Mister Reagan mit einem nicht sehr feinen Ausdruck bedacht. Dafür wurde ich (Zurufe) - es kommt schon noch! Geduld! - Ich wurde für diese Äußerung vom Schweizer Fernsehen fristlos entlassen, und man hat mir in einem Brief mitgeteilt, daß dies unentschuldbar sei.

In gewissen Kreisen der Öffentlichkeit und auch bei einer ganz

bestimmten Presse, die sich so liberal und ach so vornehm und seriös gibt, wurde mein Verhalten als 'obszön' bezeichnet. Es wurde von einem Journalisten sogar in Verbindung gebracht mit den 'Masturbationsübungen von Nina Hagen' im österreichischen Fernsehen.

Na ja, also jedenfalls ist die Sache so: Im Schweizer Fernsehen kann ich nun nicht mehr auftreten. Und ich möchte vielleicht jetzt nur kurz erklären, was ich für obszön halte, nämlich: ordensgeschmückte Brüste von Generälen, auch von Staatsoberhäuptern; Militärparaden; und auch die Äußerungen von einem Mister Haig, der wörtlich gesagt hat: 'Es ist nicht das Bedeutendste, im Frieden zu sein.'

Für obszön halte ich auch nach wie vor die Behauptung, daß ein atomarer Krieg denkbar sei. Mich verbindet mit Mister Ronald Reagan eine peinliche Gemeinsamkeit: Wir sind beide Schauspieler. Nur unterscheidet er sich in einem grundsätzlich von mir: Er kann für seine unqualifizierten Äußerungen nicht fristlos entlassen werden.

Verehrter Mister Reagan, wenn Sie uns nun auch die 'Nullösung' angeboten haben - was durchaus zu begrüßen ist -, Ihr Wort steht weiter im Raum, nämlich Ihr Wort von der Denkbarkeit eines atomaren Krieges, von mir so interpretiert: von der Denkbarkeit des Hinschlachtens von Hunderten von Millionen von Europäern. Dieses Wort von Ihnen steht weiterhin im Raum, genauso wie mein 'Arschloch'.

Ich möchte dem von meiner Seite aus jetzt ein Ende setzen. Ich möchte mich in der mir gebührend erscheinenden Form entschuldigen. Entschuldigen Sie, Mister Reagan, entschuldigen Sie bitte, daß ich Angst habe."

Harry Belafonte

"Für meine Künstlerkameraden und mich selbst möchte ich sagen: Wir fühlen uns sehr geehrt, und es ist ein großes Privileg und eine große Freude, heute hier sein zu können und diese Manifestation mit Euch gemeinsam durchzuführen.

Es ist nicht das erste Mal in meinem Leben - ich bin schon immer den Weg der Gerechtigkeit gegangen. Ich bin durch die ganzen Vereinigten Staaten gegangen. Ich bin mit vielen Männern und Frauen zusammen gegangen, mit schwarzen und weißen, mit allen Religionen und allen akademischen Schichten. Wir wissen in den Vereinigten Staaten, was es heißt, zu kämpfen. Wir kämpfen dort unser Leben lang: die Schwarzen, die Indianer, die Spanischstämmigen, die verarmten Weißen, die Studenten - wir kämpfen alle schon seit Jahren. Wir kämpfen für die Bürgerrechte, wir kämpfen für die Menschenrechte, wir kämpfen für unsere sozialen Rechte, und wir haben dafür gekämpft, dem Krieg in Vietnam ein Ende zu setzen. Und jetzt kämpfen wir dafür, daß endlich Schluß gemacht wird mit dieser verdammten, sinnlosen Anhäufung von Nuklearwaffen in der ganzen Welt, die nur dazu führt, daß Bruder sich gegen Bruder wendet, Nation gegen Nation.

Es ist an der Zeit, allen politisch Verantwortlichen in der Welt zu sagen: Laßt uns dem Krieg ein Ende setzen! Laßt uns den Frieden für allezeit machen! Es ist an der Zeit! Es ist an der Zeit!

Es war für mich eine große Ehre, mit Euch zusammen in Bonn zu demonstrieren und an Eurer Kundgebung teilzunehmen. Als Ihr in Bonn demonstriert habt, hat das den Freunden in der ganzen Welt einen enormen Auftrieb gegeben; sie sind bestärkt worden, haben einen neuen Impuls bekommen. Ihr habt die Herzen von Millionen Menschen in der Welt angerührt. Ich, ich bin sehr froh, heute in Deutschland zu sein, und ich bin sehr froh, mit dem deutschen Volk eine solche Erfahrung zu machen. Es ist wunderbar!

Es gibt viele Nationen in der Welt, deren Bevölkerung seit langem die stärkste Unterdrückung erleiden muß. Für mich ist es eine große Befriedigung, daß ich bei meiner Tournee um die Welt mit einer jungen Frau auftreten kann, die aus einem der am stärksten unterdrückten Staaten in der Welt kommt, aus Südafrika: die wundervolle Miss Letta Mbulo."

(Übersetzung aus dem Englischen)

Letta Mbulo

"Laßt mich sagen, was ich zu sagen habe: ich bringe Euch die Grüße meines Volkes, das heute das Opfer des grausamsten und unterdrückerischsten Rassismus in der Welt ist, Opfer eines Regimes, das vor nichts zurückschreckt, um an der Macht zu bleiben.

Auch diese Leute haben die Atombombe. Und ich bin sicher, daß sie nicht davor zurückschrecken, sie gegen das schwarze Volk von Afrika einzusetzen.

Ich bin heute hierhergekommen, um meiner Solidarität Ausdruck zu geben und die Solidarität von ganz Afrika. Wir wissen: Nirgendwo in der Welt kann Frieden sein, solange es Unterdrückung gibt.

Es lebe die Freiheit! Es lebe der Frieden!

Ich widme mein Lied dem Frieden..."

(Übersetzung aus dem Englischen)

Belafonte

Wir sind zu einem Punkt unserer evolutionären Entwicklung gekommen, wo wir den Schlüssel zum Fortbestand der Menschheit in den Händen halten

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß alle und jeder einzelne von uns die Verantwortung hat, nicht nur dafür zu sorgen, daß das Leben weitergeht, sondern daß er auch für die Qualität dieses Lebens Sorge zu tragen hat.

Wenn irgendjemand behauptet, daß die andauernde Weiterentwicklung von Kriegswaffen im Dienste der Menschheit geschehe - das ist der beste Beweis für eine vollkommen desorientierte Sicht von dem, was die Gabe des menschlichen Lebens ist.

Aber sogar daran zu denken, an die Entwicklung und den Abwurf von Neutronenbomben und nukleare Waffen, ist vollkommener Wahnsinn
Ich begrüße...
und umarme in Liebe...
meine deutschen Brüder und Schwestern
alle Freunde, überall auf der Welt...

die gekommen sind und sich entschlossen haben, zu demonstrieren und für den Frieden zu arbeiten...

Ich gehöre zu ihnen in diesem Kampf und drücke meine Solidarität aus...
denn ich wie sie...
muß meine Verpflichtung erfüllen...
für das Überleben der Menschheit...
Und ich wie sie...
weiß, daß in diesem Überleben...

wir auch verantwortlich sind für die Qualität des Überlebens und das Leben aller Menschen auf dieser Welt

ein Leben ohne Hunger...
ohne Ignoranz...
ohne Krankheit...
ohne Haß...
ohne Armut...
ein Leben ohne Unterdrückung...

All das kann nur erreicht werden in einer Welt, die Frieden hat.

Und wenn wir weggehen, dann laßt uns alle das Gefühl mitnehmen, einer vom anderen: das Wissen, wir werden übrigbleiben, "we shall overcome".

(Simultan in Deutsch vorgetragen von D. Schönherr)

<u>Erika Pluhar</u>

Jetzt

Wer jetzt noch glaubt, er könne weiter seinen Rasen mähen
ums Eck zum Supermarkt was kaufen gehen
Abends im Fernsehn bunte Bilder sehen
und das Gesicht des Grauens nicht verstehen
wer jetzt noch glaubt, was aus der Ferne droht - könnt ihn nicht fassen
man bräucht' es doch nur nicht ins Haus zu lassen
wer jetzt noch glaubt, er käm mit heiler Haut davon
ist schon tot

Wer jetzt noch glaubt, er könne weiter seine Kinder lieben
ihnen das Glück der Welt ins Mäulchen schieben
denn die Versicherung war schließlich unterschrieben
wer jetzt noch glaubt, es wäre selbstverständlich - daß es Zukunft gibt
weil jeder diese Welt und seine Kinder liebt
wer jetzt noch glaubt, er käm mit heiler Haut davon
ist schon tot

Wer jetzt noch glaubt, daß uns Vernunft regiert und Menschlichkeit

und die da oben wüßten schon Bescheid
man selber wäre halt nicht so gescheit
und nachzudenken brächte auch nicht weit
wer jetzt noch glaubt, er könnt sich's leisten seinen Mund zu halten
statt unsere Angst gemeinsam zu verwalten
wer jetzt noch glaubt, er käm mit heiler Haut davon
ist schon tot

Musik und Text: Erika Pluhar

Hannes Wader

Es ist an der Zeit

Weit in der Champagne im Mittsommergrün,
dort, wo zwischen Grabkreuzen Mohnblumen blühn,
da flüstern die Gräser und wiegen sich leicht
im Winde, der sanft über das Gräberfeld streicht.
Auf einem Kreuz finde ich, toter Soldat,
deinen Namen nicht, nur Ziffern, und jemand hat
die Zahl 1916 gemalt -
und du warst nicht einmal neunzehn Jahre alt.

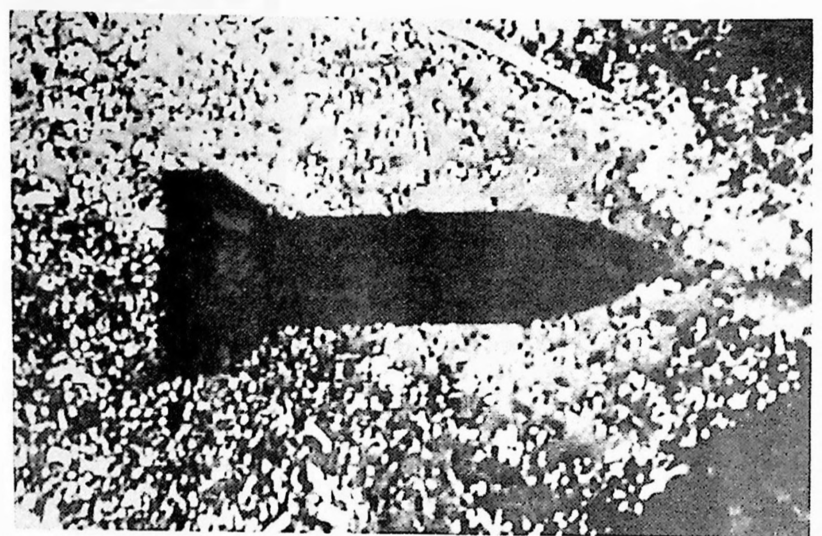
Ja, auch dich haben sie schon genau so belogen,
so wie sie es heute mit uns immer noch tun,
und du hast ihnen alles gegeben,
deine Kraft, deine Jugend, dein Leben.

Hast du, toter Soldat, mal ein Mädchen geliebt?
Sicher nicht, denn nur dort, wo es Frieden gibt,
können Zärtlichkeit und Vertrauen gedeihn.
Warst Soldat, um zu sterben, nicht um jung zu sein.
Vielleicht dachtest du dir, ich falle schon bald.
Nehme mir mein Vergnügen, wie es kommt, mit Gewalt.
Dazu warst du entschlossen, hast dich aber dann
vor dir selber geschämt und es doch nie getan.

Soldat, gingst du gläubig und gern in den Tod?
Oder hast du verzweifelt, verbittert, verroht
deinen wirklichen Feind nicht erkannt bis zum Schluß?
Ich hoffe, es traf dich ein sauberer Schuß.
Oder hat ein Geschoß dir die Glieder zerfetzt?
Hast du nach deiner Mutter geschrien bis zuletzt?
Bist du auf deinen Beinstümpfen weitergerannt?
Und dein Grab, birgt es mehr als ein Bein, eine Hand?

Es blieb nur das Grabkreuz als einzige Spur
von deinem Leben, doch hör meinen Schwur:
Für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein.
Fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein,
dann kann es geschehen, daß bald niemand mehr lebt,
der die Milliarden von Toten begräbt.
Doch längst finden sich mehr und mehr Menschen bereit,
diesen Krieg zu verhindern - es ist an der Zeit.

Plakate gegen den Atomtod zu einem Wettbewerb der Krefelder Initiative haben 215 Teilnehmer über 400 Plakatentwürfe eingesandt



Frieder Grindler, Stuttgart, 1. Preis



Dieter H. Hillig, Bochum, 1. Preis

Die Fortführung unserer Arbeit wird ausschließlich durch Spenden ermöglicht. Bitte, helfen Sie uns!

Spendenkonten: Postscheck Josef Weber 5000 Köln Kto 125666--503
Stichwort Krefelder Appell- oder:
Dresdner Bank Köln BLZ 370 800 40 Kto 3 58 91 34

ZWEITES FORUM DER KREFELDER INITIATIVE

21. NOV. 1981 - DORTMUND, WESTFALENHALLE

"DER ATOMTOD BEDROHT UNS ALLE - KEINE ATOMRAKETEN IN EUROPA!"

Graphik: Paul Peter Piech